

# Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

## Glück-Aus.

Abonnementpreis 50 Pfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.

Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark. Einzelne Nummern 1 Mark.

Anzeigen sollen die Neben- und Hauptblätter zelle resp. deren Raum 1.-Mark.

Bei einmaliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei 20maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98.

### Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegraphische Adressen: Silberband Bochum.

Überlangt eingelangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. Bei Abdruck auf Originalartikeln bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Essen. Druck u. Verlag von Hansmann & Co., Bochum, Biemelshausstr. 42.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

## Ein Jammerdasein.

Bergmann, bist du Invalide,  
Abgemurkt vom vielen Schuffen,  
Abgemurkt vom Kohlenhachte,  
Abgemurkt von Not und Elend. —

Armer Hungerinvalide!  
O wie qualvoll sind die Tage,  
Die du dann noch fort dich schleppst,  
Wund und fleck am ganzen Leibe. —

Kannst nicht leben, kannst nicht sterben  
Mit dem krumm gebogenen Rücken,  
Mit der ausgedehnten Lunge,  
Mit den Knochen, steif von Rheuma. —

Besser hat es noch der alte  
Abgetrieb'ne Gaul im Schachte —  
Ihn erlöst von seinen Leiden  
Mitleidavoll der Stahl des Schinders. —

Du Indeß mußt weiter schleppen  
Dir zur Last den flecken Körper  
Mit dem Hunger, mit dem Elend,  
Und beladen von Gebrechen. —

Nicht am Tage, nicht in Nächten,  
(Schlaflos ach so endlos lange)  
Hast du Ruh auch nur Minuten  
Vor dem Jammer der Beengung. —

Luft, mehr Luft! so stöhnst du röchelnd,  
Wenn der Atem nicht will kommen,  
Wenn es quiescht und pfeift und orgelt  
In der aufgebrauchten Lunge. —

Angstschweiß tropft dir von der Stirne  
Und dein Auge flieht um Lind'ung,  
Doch umsonst — kein Arzt kann helfen  
Hier mit Kraut noch und Latwerge. —

Nichts, auch gar nichts kann dich retten,  
Nichts auch Mild'ung nur verschaffen,  
Ob du röchelst, ob du stöhnst,  
Armer alter Invalide. —

Nur der Tod bringt dir Erlösung,  
Hungerpfündner, Mann des Jammers!  
Erst geknechtet — und entrechtet  
Dann durch Preußens netten Landtag. — B. R.

## Das knappschaftliche Elend in Deutschland.

Der Grund (einer 40jährigen erfolglosen Arbeit) lag nicht in der Schwierigkeit der Materie, sondern an einer übermächtigen Bürokratie.

Mit diesen Worten kennzeichnet der Abg. von Beughem, Verichterstatte über das Allgemeine preussische Berggesetz vom 24. Juni 1866, die damalige Situation. Die im Interesse der „Befreiung des Bergbaues“ liegende Gesetzgebung kam erst nach 40jähriger Bemühung der Interessenten zum Abschluß; nicht weil die Materie so schwierig war, sondern weil die Bürokratie hinderlich im Wege stand.

Der Knappschaftsgesetzgebung, wie die nächstbeteiligten Arbeiter sie wünschen, ist es noch viel schlimmer ergangen. Über 50 Jahre wurde an dem seinerzeit zugunsten der Bergwerksunternehmer geschaffenen Knappschaftsgesetz in Preußen (das unruhigsten Vorbild der anderen bergbauenden deutschen Bundesstaaten) nichts von Bedeutung geändert. Als dann schließlich 1906 doch eine Änderung vorgenommen wurde, da ließ sie das Herrschaftsverhältnis der Unternehmer bestehen und fügte dem alten noch neues Unrecht hinzu durch den Wahlrechtsraub an den invaliden Mitgliedern, die Herabsetzung der Höchstgrenze des Krankengeldes, die Befreiung des Grundbetrages bei der Berechnung der Invalidenpensionen, der Witwenrenten usw.

Die enorm die Knappschaftsmitglieder wieder geschädigt worden sind, das geht aus den neuen Statuten der Knappschaftsvereine in Schlesien, Mitteldeutschland und Westdeutschland hervor. Statt einer besseren Berücksichtigung der immer zahlreicher werdenden jüngeren Invaliden sind deren Pensionssätze fast überall und zum Teil ganz außerordentlich verkürzt worden. Wie wenig die Mitglieder es in der Hand haben, sich die Vereinsstatuten zu ihren Gunsten zu gestalten, lehrt der Kampf im großen Bochumer Knappschaftsverein, wo an der Weigerung der Werksmehrheit, 2 Pfennig Mehrbeitrag wöchentlich zu leisten, das ganze Einigungsstatut gescheitert ist.

Von den vielen Entrechtungen und Vergewaltigungen, die den Mitgliedern in den 119 deutschen Knappschaftsvereinen angetan sind, erfährt die Öffentlichkeit bitter wenig. In vielen Knappschaftsvereinen wissen die Mitglieder selbst nicht, wie es mit ihrem Knappschaftsverein steht, was für Verschlechterungen die Satzungen im Laufe der Jahre erfahren. Die Vereinsvorstände wurden von Werksvertretern besetzt, als Vertreter fungieren Werksbeamte, sogar Werksbesitzer. Die Aufsicht der Mitgliederschaft kommt gar nicht zur Geltung. Da herrscht allerdings „Eintracht und Ruhe“, nämlich Arbeitshetze!

Die Arbeiterrechte sind hart festschmelzend beschränkt. Durch Maßregelungsandrohungen eingeschüchtert, in schwerer Arbeit körperlich

verleendet, geistig abgemurkt, legt die große Masse der Mitglieder alles laufen wie es läuft. Dort ist eine „ruhige Belegschaft“. Wo aber, wie im Ruhrgebiet, in Niederschlesien, in den sächsischen und süddeutschen Revieren die Knappschaftsmitglieder sich organisierten, die ihnen verbliebenen wenigen Rechte nicht weiter verkümmern lassen wollen, da ist die Belegschaft „verheert“.

Im Jahre 1906 existierten in Deutschland 119 Knappschaftsvereine mit zusammen 767 639 Mitgliedern gegen 729 128 im Jahre 1905. Der „Kompaß“, dem wir diese und die meisten folgenden Zahlen entnehmen, bringt wieder Auszüge aus den knappschaftlichen Berichten aller Bundesstaaten. Auf Preußen kamen (1906) 72, auf Sachsen 8, Bayern 24, Württemberg 3, Großherzogtum Hessen 6, Braunschweig 3, Meiningen, Altenburg, Anhalt und Waldeck je 1, Schwarzburg 2 und auf Elbsaß-Lothringen 3 Knappschaftsvereine. Außerdem existierten noch in Sachsen 58, in Württemberg 10, in Waldeck 2 separate knappschaftliche Krankenkassen.

Über das Finanzgebahren der 119 Knappschaftsvereine wird mitgeteilt: Es hat betragen

|                     | 1905              | 1906              |
|---------------------|-------------------|-------------------|
| die Gesamteinnahme, | 71 108 465,82 Mk. | 78 481 859,24 Mk. |
| die Gesamtausgabe   | 60 605 861,44 „   | 68 555 881,12 „   |
| das Vermögen        | 181 810 781,57 „  | 197 770 305,89 „  |

Die Knappschaftskassen sind von ihren Schöpfern, den alten Bergknappen, nur als Krankengeldzuschußkassen, in der Hauptsache als Pensionskassen ins Leben gerufen. Aber unter der Werksbesitzerherrschaft sind die Verhältnisse umgekrempelt worden. Immer mehr Krankengeld werden ausgebracht für die „Krankensürsorge“, weil die Zahl der Kranken infolge der miserablen Betriebszustände so enorm hoch ist. Die Aufwendungen für Invaliden, Witwen und Waisen gingen prozentual zurück.

Auf die 695 507 preussischen Knappschaftsmitglieder (1906) kamen 380 493 Krankheitsfälle! Bei 31 812 Kassenmitgliedern wurden in Sachsen 18 957 Krankheitsfälle gezählt! In Bayern entfielen auf die 10745 Knappschaftsmitglieder 7013 Krankheitsfälle! Der Knappschaftsverein des Salzwerts Peilbrunn hatte nur 314 Mitglieder, aber 619 Krankheitsfälle einschließlich der Verletzungen! In dem großherzoglich-hessischen Knappschaftsverein mit 2686 Mitgliedern wurden 53,31 Prozent der Ausgaben für Krankenpflege und Sterbegelder, nur 38,45 Prozent für Pensionen verwendet; wie viele Kranke es waren, ist nicht angegeben. Die drei braunschweigischen Knappschaftsvereine mit 5294 Mitgliedern — auch hier werden die Krankheitsfälle nicht mitgeteilt — zahlten rund 55 000 Mk. an Invaliden, Witwen und Waisen aus, aber rund 80 000 Mk. erhielten Apotheker und Ärzte!!! Der Knappschaftsverein Altenburg besaß 3909 Mitglieder, auf die 2883 Krankheitsfälle kamen! Der Knappschaftsverein Anhalt hatte bei 4703 Mitgliedern 2121 Kranke!

Die geradezu entsetzlich vielen Krankheiten — Beweise für die körperliche Verleendung der Bergarbeiterherrschaft! — ruinierten die Finanzen vieler Vereine und auch die Schaffenskraft der Arbeiter. Sie werden viel früher wie ihre Vorfahren bergfertig. Hunderte, ja tausende Vergleute sind nicht älter wie 30 Jahre und schon invalide!

Auf 1000 aktive Mitglieder kamen in den preussischen Knappschaftsvereinen 1880/85 126—143; dagegen 1900/1906 171—178 Invaliden! In Bayern war das Alter der neuen Invaliden vor einem Jahrzehnt noch 55—66 Jahre, 1906 nur noch 51 Jahre; nach durchschnittlich siebenjähriger Invalidität starb der „wohlversorgte Knappschaftsrentner“. In Preußen waren die neuen Invaliden 1906 erst durchschnittlich 46 Jahre alt, der Tod trat nach siebenjähriger „Rentiererschaft“ ein.

Die Volkswirtschaft erleidet durch diese rasche Verwüstung der Bergarbeitergesundheit ungeheure Schäden! Die Knappschaftskassen sind dadurch kolossal belastet, viele sind finanziell passiv geworden!

Es fiel der Gesetzgebung nicht ein, auf die Bergarbeiterlagen zu hören, vorbeugend und heilend mittelst gründlicher Schutzgesetze eingzugreifen. Die Materie ist auch diesmal nicht schwierig, sondern auch diesmal stummst sich die Bürokratie, nunmehr mit dem Industrieherrmentum als maßgebende Rückendeckung, gegen großzügige Reformgesetze.

Es fällt den kapitalistischen Beherrschern der Knappschaftskassen auch nicht ein, die körperliche Verleendung und die Verarmung der Bergarbeiterbevölkerung durch wirksame Betriebsreformen, Verbesserung der knappschaftlichen Leistungen für die Kranken, Invaliden, Witwen und Waisen zu bekämpfen. Im Gegenteil! Ursprünglich bekamen die Kranken den vollen Lohn als Krankengeld, heute erhalten sie vielfach nicht einmal mehr die Hälfte des wirklich verdienten Lohnes! Statt die frühzeitiger bergfertig gewordenen Knappen besser zu entschädigen, sind in manchen Knappschaftsvereinen unter Hinweis auf die „verschlechterten Kassenlage“ die Pensionen verkürzt worden bei gleichzeitiger Beitragserhöhung! So erhalten invalide Familienväter mit einem häuslichen Kinde eine Monatspension von nur 10—20 Mk., oft noch weniger. Die Armenkasse muß aushelfen. Der Bergmann nimmt den Bettsack!

Innerhalb des letzten Jahrzehnts sind die Arbeiterbeiträge um 30—50 Proz., hier und da noch mehr, erhöht worden. Das wäre nicht nötig gewesen, wenn die Unternehmer, die formell zwar nur dieselben Verwaltungsrechte wie die Arbeiter besitzen, tatsächlich aber das Knappschaftswesen völlig beherrschen, mindestens überall und stets soviel Beiträge wie die Arbeiter gezahlt hätten. Es geschah aber nicht. Die millionenreichen Unternehmer zahlten bis 50 Proz. weniger Beiträge wie die armen Arbeiter.

Die „gute Versorgung“ der Arbeitsunfähigen und der Hinterbliebenen wird durch folgende Zahlen gekennzeichnet. Durchschnittlich betrug die gezahlte

|                  | 1896       | 1906       |
|------------------|------------|------------|
| Invalidenpension | 211,34 Mk. | 237,14 Mk. |
| Witwenrente      | 104,48 „   | 125,16 „   |
| Waisenrente      | 35,28 „    | 62,64 „    |

Diese Angaben gelten für sämtliche deutsche Knappschaftsvereine. Im Laufe eines Jahrzehnts, während die Preise

von notwendigen Lebensmitteln kolossal stiegen, „versetzte“ man die Invalidenpension durchschnittlich nur um 27 Mk. jährlich auf! Diese Verbesserung ist aber auch nur dem Drängen der organisierten Arbeiter zu verdanken. Wo sie fehlen, da ist von Besserung nichts zu spüren, wohl von Verschlechterung. Die Beitragserhöhung war allgemein stärker wie die Pensionserhöhung.

Ein deutscher Knappschaftsinvalid bezog also im Jahre 1906 nicht einmal 20 Mk. durchschnittliche Monatspension! Dieses Geld muß vielfach ganz oder fast ganz schon für Wohnungsmiete ausgegeben werden.

Selbst Werksblätter gestehen ein, daß die Lohnverhältnisse infolge der Nahrungsmittelverteuerung den Bergarbeitern keine wirtschaftliche Besserstellung ermöglichten. Die Knappschaftspensionen sind aber auch absolut weit hinter der Lohnentwicklung zurückgeblieben! Wenn schon ein aktiver Bergmann mit 1200 Mark Jahreslohn durch die Nahrungsvorteuerung, Mieteerhöhung etc. schwer gedrückt ist, wie geht es da erst einem Invaliden, der auch eine Familie zu ernähren hat und nur 2—300 Mark Jahrespension bezieht?

Ist es ein menschenwürdiger Zustand, den invalide gewordenen Bergmann nach vieljähriger, opferreicher, die allgemeine Kultur fördernder Grubenarbeit mit einer solchen Hungerpension abzufinden? Hat der Knappe nicht mehr zu beanspruchen, als im Invalidenstande auf die Armenkasse angewiesen zu werden?

Vergleute, an euch liegt es, diese unwürdigen Zustände zu befeitigen! Betteln und Frieren mügen nicht, schänden euch nur. Organisiert euch, hinein alle in den Bergarbeiterverband! Nur feige Weimern bleiben zurück.

## Zum Kampfe um die Knappschaftsreform.

### Eine „Nachfrage“?

Der knappschaftliche Mitarbeiter der nationalliberalen „Abn. Zeitung“ hat schon nach der Generalversammlung am 12. Oktober in unwahrscheinlicher, gehässiger Weise die Absichten der Arbeitervertreter zu verächtigen versucht. Jetzt ist der Herr wieder dabei, zu verächtigen, den Aeltesten käme es nicht auf Einigung, sondern auf die „Nachfrage“ an. Jedemal, wenn Arbeiter sich um Erhaltung wohlverdienter Rechte bemühen und Unternehmer diese Rechte kürzen wollen, behauptet irgend ein nationalliberaler Stribel, die Arbeiter wollten die „Nachfrage“ auf.

In diesem Falle muß darauf verwiesen werden, daß die Aeltesten ihre im Sommer des vergangenen Jahres eingebrachten Hauptanträge sämtlich zurückzogen oder ganz bedeutend ermäßigt haben! Die Aeltesten haben z. B. gefordert zuerst 75 Proz., dann 66 2/3 Proz. des Lohnes als Krankengeld und haben sich schließlich bereit erklärt, mit den von der Werksseite angebotenen 60 Proz. vorlieb zu nehmen. Mit 60 Prozent verblies es für die höchsten Lohnklassen nur bei dem alten Krankengeld. Ferner haben die Aeltesten die Krankengeldzahlung vom ersten Krankfertertage ab und an Sonn- und Feiertagen verlangt, eine Forderung, die schon in mehreren Kassen verwirklicht ist. Auch diese Forderung haben die Aeltesten zurückgegeben, um den Werksherren die Zustimmung zu der Pensionsforderung zu erleichtern. Auch die freie Arztwahl haben die Aeltesten gefordert und diese Forderung dann fallen lassen, als die Werksherren unbedingt nicht wollten.

Der erste Pensionsantrag der Aeltesten verlangte entsprechend den gesteigerten Ausgaben für Lebensmittel etc. eine durchgreifende, allgemeine Erhöhung der Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten. Sodann verlangten die Aeltesten die volle Umrechnung des Kindergeldes auf die Invalidenpensionen. Ferner brachten die Aeltesten ihren alten Antrag ein, nach 25jähriger Dienstzeit das Recht auf Invalidisierung ohne ärztliches Zeugnis statutarisch festzulegen. Ihren ersten Pensionsantrag haben die Aeltesten ganz fallen lassen und schließlich nur noch eine Zulage von 30—40 Mk. jährlich als Ersatz des Kindergeldes für die jüngeren Invaliden gefordert. Den Antrag betreffend unbedingtes Invalidisierungsrecht nach 25 Dienstjahren haben die Aeltesten ebenfalls zurückgegeben.

Von den anderen zahlreichen Vorschlägen, die in den Werksvorschlägen gar nicht berücksichtigt worden sind, wollen wir erst gar nicht reden. Nachdem die Arbeitervertreter so viel nachgaben, eine Reihe bedeutungsvoller Anträge ganz zurückzugeben, um das Einigungsstatut nicht zu gefährden, nun noch von „Aufrollen der Nachfrage“ seitens der Arbeitervertreter zu schreiben, das ist eine dreiste Unverschämtheit.

### Wie hoch ist die Belastung?

Nach dem alten Statut zahlten die Arbeiter wöchentlich 80 Pfg., die Werksbesitzer 60 Pfg. in die Pensionskasse. Durch Gesetz ist Gleichheit der Beiträge vorgeschrieben. Nach dem Werkentwurf sollten beide Teile 98 Pfg. Wochenbeitrag leisten. Herr Geheimrat Steinbrink schlug 98 Pfg. vor, um eine bessere Deckung zu schaffen. Für 98 Pfg. waren Arbeiter und Werksbesitzer. Da letztere aber den letzten Pensionsantrag der Aeltesten finanziell für nicht durchführbar erklärten, schlugen die Aeltesten 100 Pfg. Wochenbeiträge vor. Die Arbeiter sind bereit, einige Pfennige Mehrbeitrag zu zahlen, wenn das den Invaliden, Witwen und Waisen zugute kommt.

Gegen die 2 Pfg. Mehrbeitrag stimmte aber die Mehrheit der Werksbesitzer. Der Streitwert beträgt also sage und schreibe zwei Pfennig!!! Ist das eines Streites wert?

Auf jeden Ruhrbergmann kommen wöchentlich rund 5 Tonnen Förderung, 260 Tonnen pro Jahr. Die Arbeiter müssen die Kassenbeiträge vom Lohne zahlen, gleichgültig, wie hoch oder niedrig er ist. Würden die Werksbesitzer die 2 Pfg. Wochenbeitrag mehr bewilligt haben, so hätte das jährlich 104 Pfg. Mehrausgabe oder nur 0,4 Pfg. pro Tonne Förderung für die Werksbesitzer ausgemacht!!! Also noch nicht einmal ein halber Pfennig!

Will man ernsthaft behaupten, das könne der Bergbau nicht ertragen? Die Werksbesitzer, die dem Aeltestenantrag zustimmten, wissen doch auch, ob diese „Belastung“ erträglich ist! Wir fragen nochmals: Ist der Streit um ein derart verschwindend geringfügiges Objekt gerechtfertigt, nachdem die Aeltesten ihre Anträge so stark ermäßigt haben?

Wer macht das Zwangsstatut?

Von der Geschäftsführung des Bergbauischen Vereins für den Oberbergamtsbezirk Dortmund erhält die „Böln. Zeitung“ eine Anfrage, die in bekannter Weise die Arbeitervertreter verantwort- lich zu machen versucht. Wann hätte ein Geschäftsführer des Bergbauvereins je eine Arbeiterforderung gerechtfertigt? Am Schluß der Anfrage heißt es:

Die Wirkungen des am 1. Januar in Kraft getretenen Zwangs- statuts werden sich alsbald den Knappschaftsmitgliedern in unlieb- samer Weise sichtbar machen.

Das Eingeständnis sei hiermit festgenagelt. Jahrzehnte ver- langen die Bergarbeiter eine Reform des Gesetzes, die natürlich nicht schlechtere, sondern bessere Vereinbarungen vorschreiben sollte. Als dann 1906 das national liberale Gesetzgebungs- gremium die Knappschaftsreform, vom Landtag verabschiedet wurde, betrachteten die national liberalen Zeitungen vor allen anderen das neue Gesetz, es sei eine Erfüllung langjähriger Arbeiterwünsche.

Jetzt hat das Oberbergamt ein, wie es versichert, dem neuen Gesetz streng angepaßtes Zwangsstatut erlassen, und nun erklärt sogar die Geschäftsführung des Bergbauischen Vereins, das Zwangs- statut enthalte gegen das alte Statut Verschlechterungen für die Arbeiter. Also die Arbeiter haben ein Gesetz verlangt, das die alten Statuten verbesserte, und haben ein Gesetz bekommen, das die alten Statuten noch verschlechtert!

Dank der „nationalen“ Sozialreform haben die Bergleute Stroh statt Brot bekommen. Die Geschäftsführung des Berg- bauischen Vereins beklagt es ausdrücklich.

War es Herr Krabler?

Von drei Seiten — dem neuen Organ des Steigerber- gandes, dem „Allgemeinen Beobachter“ in Essen und dem „Essener- Zeitung“ — wird behauptet, augenscheinlich sei die Mehrheit der Werksbesitzer bereit gewesen, dem Vermittlungsantrag Schulten's- bis zuzustimmen, wenn auch Herr Geheimrat Krabler sich dazu nicht erklärt hätte. Auch unsere Vertreter haben beobachtet, wie eine Anzahl Werksbesitzer, um Herrn Krabler gruppiert, auf einen selbst abtraten, worauf Herr Krabler mit energischem „Nein!“, „Nein!“ antwortete.

Sollte Herr Krabler die ablehnende Haltung der Werksbesitzer verschuldet haben, so wäre er zum zweiten Mal — so viel öffentlich bekannt geworden ist — das Einigungsstatut in einer kritischen Situation gewesen. Das erste Mal 1889, als der da- malige Vorsitzende des Bergbauischen Vereins, Herr Hammacher, das bekannte „Berliner Protokoll“ mit den Arbeiterdelegierten ver- einbarte. Herr Hammacher drang aber mit seinen Einigungs- vorschlägen nicht durch bei der Werksbesitzer. Er legte den Ver- einvorsitz nieder und an seine Stelle trat Herr Krabler! Schon in Berlin hatte Herr Hammacher gesagt, er fürchte nur den Widerstand des Herrn Krabler, mit den an- deren Herren könnte eine Verständigung viel leichter zustande! Die Ereignisse haben die Besürchtigungen des Herrn Hammacher bestätigt.

Am 1. Januar ist Herr Krabler, der ab 15. August 1868 Direktor des Kölner Bergwerksvereins in Altsiefen war, in den Ruhestand eingetreten. Am 31. Januar 1909 wird Herr Krabler 69 Jahre alt. Hat er in der Generalversammlung des Allg. Knappschaftsvereins die Mehrheit der Werksbesitzer gegen die für- mittlungen Arbeiterantrag geführt, dann hat der bald Siebzehnjährige ein schlechtes Denkmal gesetzt.

Herr Krabler war bald 39 1/2 Jahre im Ruhrberauben angestellt. Wäre er jetzt nur eine Berginvalidenpension als Ruhegehalt be- ziehen, so bekäme er nach dem Zwangsstatut nicht einmal 50 Mark Jahrespension! Nach dem alten Statut würde Herr Krabler mit 620 Mark Pension bezogen haben. Das Zwangs- statut setzt für 40 Dienstjahre denselben Pensionsfuß an, wie die Werksbesitzer vorschlugen. Wäre der 69-jährige Herr Krabler im Ruhestande nur auf die Knappschaftspension angewiesen, dann müßte der Kreis mit 51 bis 52 Mark monatlich sein Leben fristen!

Die Bergleute vom Oder wurden 1906 schon nach durchschnitt- lich nur 20 1/2 Dienstjahren invalide! Sie erhalten nur eine monatliche Durchschnittspension (mit Hintergeld) von 30 Mark! Nach dem Zwangsstatut wird 14—15 Mark pro Jahr mehr ge- zahlt, nach dem alten Statut antrag sollten sich 51—52 Mark, oder monatlich 4 bis 5 Mark mehr gezahlt werden! Und das soll eine „zu weit gehende Forderung“ sein, in Anbetracht der kolossalen Lebensmittelerhöhung!

Herr Krabler ist in den Ruhestand getreten. Wir denken meisch- lich genug ihm seinen sorglosen Lebensabend zu gönnen, fördern aber, daß den abgeradenen Bergarbeiterveteranen ebenfalls der Betteflaß eripant bleibt.

August Brust und Lizentiat Mumm

setzen an einem Strange. Beide beschuldigen — die Sozial- demokratische, das Scheitern des Einigungsstatuts verschuldet zu haben. Das Organ der „Fachsarbeiter“, deren Führer im Revier Men- rade bekanntlich für Streifbrotzer sorgte, ist in der Statut- frage auch eines Sinnes mit Brust und Mumm-Monheim.

Herr Brust wird von der christlichen Gewerkevereinsleitung das Zeugnis ausgestellt, er schädige die Arbeiter schlimmer wie ein Unternehmer. Selbst der zweite Gewerkevereinsvorsitzende, der politisch zur national liberalen Partei gehörige Herr Kühme, nannte in einer Versammlung am 29. Dezember die Werksbesitzer „unannehmbar“, sagte, die Werksbesitzer trügen die Schuld an dem Scheitern der Einigung. Der „Bergsnapper“ und die „Essener Volkszeitung“ messen ebenfalls den Werksbesitzern die Schuld an dem Scheitern der Einigung zu.

Herr Monheim-Mumm aber faßelt im sozialdemokratischen Reich wieder von der „Klassenkampftheorie der Sozialdemokratie“, die an allem schuld sein muß, vielleicht auch für die eingetretene harte Fülle.

Hat die „Klassenkampftheorie“ der damals noch gar nicht existierenden sozialdemokratischen Bewegung etwa 1854 das Knappschaftsmitglied erretende Gesetz auf dem Gewissen? Sind die wilde Empörung aus dem Jahre 1857er Statuten sozialdemokratische Klassenkampftheorie? Was hat die Sozial- demokratie mit den vielen im Laufe von 50 Jahren den Arbeitern aufgedrängten verschlechterten Knappschaftsstatuten zu tun? War Herr Johannes Finsangel, mit dessen Namen die Knappschaft- lichen Reformbestrebungen der 80er Jahre verknüpft sind, etwa Sozialdemokrat? War das verlorbene Ehrenratsmitglied des christlichen Gewerkevereins Hermann Kramppe, einer der ersten Knappschaftlichen Oppositionsführer, etwa Sozialdemokrat? Genannt wurde er so zwar häufig von den Werksbesitzern, gerade wie die „nationalen“ Mummgenossen die auf Wiederherstellung, Erweiterung und Erhaltung der Arbeiterrechte gerichteten Bestrebungen jahrzehnte hindurch nur „sozialdemokratische Gezerien“ nannten. Ist die Siebenerkommission, in der auch zwei christliche Gewerke- vereiner sitzen, nur zwei Sozialdemokraten, eine „sozialdemokratische Klassenkampforganisation“? In der Siebenerkommission ist nie der geringste Zwiespalt über die Berechtigung und Durchführbarkeit der Aeltestenanträge aufge- treten! Hat nicht der Gewerkevereinsälteste Schulten den letzten Vermittlungsantrag eingebracht, haben sich die Verbandsältesten dem nicht angeschlossen und hat die Werksbesitzer nicht auch diesen Antrag abgelehnt?

Wemig, so war es immer: Bemühen sich Arbeitervertreter um das Arbeiterrecht, wollten sie nicht alles fahren lassen, dann kamen die Prüfer und die Mummgenossen und waren Streiter mit die schärfsten Arbeitervertreter. Der Arbeiter

muß immer bescheiden nachgeben, auf alles verzichten, nur dann wird ihm attestiert, er sei „besonnen“ und „einsichtig“.

Es ist das Unglück der Knappschaftsmitglieder gewesen, daß sie und ihre Aeltesten sich allzuoft nach den Ratshlägen aufdring- licher Vormünder a la Vicentius Mumm gerichtet haben. Durch diese Aeltestenfreunde haben sich früher die Aeltesten so lange beeinflussen lassen, bis die alten Arbeiterrechte zertrümmert am Boden lagen.

Diese aufdringlichen Vormünder mögen ihre Weisheit für sich behalten, die Bergarbeiterältesten verzichten gern auf „Berater“ a la Brust und Mumm! Die Aeltesten sind keine Kinder, die sich von irgend einem aufdringlichen Aeltesten lassen beeinflussen, was im Arbeiterinteresse liegt. Wann haben sich die Aeltesten und Organisationsleiter angetraut, den Herren Aeltesten bezgl. ihrer Gehalts- und Pensionsansprüche ungebeten Vorschläge zu machen?

Die Bergleute für ihre Aeltesten.

Am 29. Dezember, 5. und 6. Januar haben öffentliche Bergarbeiterversammlungen stattgefunden in Herne, Langendreer, Essen, Werden, Hamm, Billmerich, Barop, Witten, Unnen, Altsiefenberg, Altsiefenbärg, Altsiefendortmund, Wanne, Bankrop, Unna, Nieder- massen, Gürbe, Krudel, Raternberg, Dortmund, Durschholz, Vornholz, Bommern, Gelsenkirchen, Kottbusen, Niederwengern, Gänzigfeld-Warren- scheld. Überall beschäftigte man sich mit den Vorgängen in der Generalversammlung des Allgemeinen Knappschafts- vereins zu Bochum. Wer etwa glaubte, die Knappschafts- feien mit der Haltung der 225 Aeltesten nicht einverstanden, der konnte sich in den meistens sehr stark besuchten Versammlungen eines bessern versehen lassen. Überall fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

Die heutige Bergarbeiterversammlung erklärt sich mit dem Verhalten derjenigen Aeltesten, die in der General- versammlung am 28. Dezember 1907 den Statuten- wuch der Werksbesitzer abgelehnt haben, völlig einverstanden und bezieht ihnen für ihre mannhaft- haltung Anerkennung aus.

Die Versammlung betont ausdrücklich, daß nach ihrer Ueber- zeugung die Schuld an dem Scheitern des Einigungsstatuts diejenigen Werksbesitzer trifft, die den Vermittlungsantrag Schulten's Nobis ablehnten.

In dem nunmehr in Kraft tretenden Zwangsstatut erblickt die Versammlung lediglich ein Produkt der bergarbeiterfeindlichen Ge- setzgebung des preussischen Landtages. Die Vorgänge im Bochumer Knappschaftsverein haben so deutlich wie nur möglich gezeigt, daß die Bergarbeiter nicht eher zu einem gesündlichen Lebensdasein gelangen und ihre alten Knappschaftlichen Rechte wieder erhalten, als bis die ganze die Bergarbeiter betreffende Gesetzgebung einem Parlament überantwortet ist, das aus allgemeiner gleicher, direkter und geheimer Wahl hervorgegangen ist.

Allgemein wurde die Notwendigkeit einer starken Berg- arbeiterorganisation betont und zum Anschluß an den Berg- arbeiterverband aufgefordert.

Das Statut des Knappschaftlichen Rückversicherungs- Verbandes

Die von der Versammlung der Knappschaftsvereine am 30. Oktober 1907 beschlossenen und vom Ministerium mit dem 28. November 1907 genehmigten Fassung im „Kompas“ veröffent- licht. Nach § 13 übernimmt der Verband gegen entspre- chende Kapitalüberweisungen die Rückversicherung für alle den ange- liehenen nach Inkrafttreten des Rückversicherungsverbandes er- wachsenden Verpflichtungen an Witwen und Waisenpensionen in vollem Umfange, die neuen Invalidenpensionen zur Hälfte des Betrages, wo mehrere Vereine an der Aufbringung der Mittel beteiligt sind, auch die andere Hälfte der neuen Invalidenpensionen.

Danach bleiben zur Last der Vereine sämtliche Verpflichtungen an Invaliden, Witwen und Waisenpensionen, die vor Inkraft- treten des Rückversicherungsverbandes bestanden. Die Rück- versicherung betrifft also nur die neuen Verpflichtungen. Wir werden das Statut noch wöhrlich abdrucken.

Der oberste Knappschaftsverein, in dessen Generalversammlung die Arbeiterältesten das fünfte Mal am Wagen spielen, hat den Beitritt zum Rückversicherungsverband abgelehnt! Ihm gehören erst 20 Knappschaftsvereine mit 17434 Mitgliedern an, während in Preußen allein 72 Knapp- schäftsvereine mit jetzt über 700000 Mitgliedern bestehen.

Protokoll

der General-Versammlung des Allgemeinen Knappschaftsvereins vom 28. Dezember 1907.

Der Vorsitzende, Herr Geheimrat Dr. Weidman eröffnete die Versammlung um 3.40 Uhr. Meine Herren! Ich erkläre die außer- ordentliche Generalversammlung des Allgemeinen Knappschaftsvereins zu Bochum für eröffnet. Ich bemerke in der Versammlung einen Vertreter der öffentlichen Macht. Ich muß an Sie die Frage richten, weshalb Sie sich hier eingeschunden haben?

Polizeibeamter: Ich bin von der Polizeiverwaltung designiert.

Vorsitzender: Ich konstatiere, daß hier eine öffentliche Verhandlung nicht stattfindet und daß wir keine Ueberrwachung bedürfen. Ich überlasse Ihnen die Verantwortung für Ihr Hiersein.

Der Polizeibeamte: Daß ich um Ihren Namen bitten, dann werde ich mich entfernen.

Der Vorsitzende: Ich bin der Geheimrat Weidman.

Der Polizeibeamte verließ darauf die Versammlung.

Vorsitzender: Meine Herren! Die heutige Generalversammlung ist eine außerordentliche. Sie ist aber einberufen unter Beachtung der Paragraphen 49 und 50 unserer Satzungen. Wenn kein Wider- spruch erfolgt, dann erkläre ich sie für ordnungsmäßig berufen und beschlußfähig. Das ist der Fall. Ich heiße die Herren königlichen Beamten, die hier heute erschienen sind und an den früheren Ver- sammlungen teilgenommen haben, herzlich willkommen. Dann bitte ich die Präzisenliste festzustellen durch Verlesung der Namen der Aeltesten. Es erfolgt hierauf die Verlesung der Namen der Aeltesten.

Vorsitzender: Es sind 322 Knappschaftsälteste anwesend mit 326 Stimmen.

Meine Herren: Wir treten in die Tagesordnung ein. Punkt 1: Wahl von Beisitzern für das Oberschiedsgericht.

Weidman teilt die diesbezügliche vom Minister für Handel und Gewerbe erlassene Wahlordnung mit.

Knappschaftsältester Jungesblut: Ich schlage als Beisitzer die Knappschaftsältesten Siepmann und Althoff vor.

Generaldirektor Vöthgen: Ich schlage vor die Herren Direktor Gahlacher und Bergasseffor Lenz.

Vorsitzender: Die bewaffnete Macht hat sich wieder eingefunden. (Polizeibeamter versucht zu sprechen.) Ich rede jetzt hier. Ich bin hier Hausherr. Ich fordere Sie auf, das Lokal zu verlassen, zum ersten Mal. Wir haben das Lokal gemietet, eine öffentliche Versammlung findet nicht statt.

Polizeibeamter: Ich weigere mich. Ich bin als Vertreter der Polizeiverwaltung hier in der Versammlung.

Vorsitzender: Ich fordere Sie auf zum zweiten Male, ich fordere Sie auf zum dritten Male.

Polizeibeamter: Ich weigere mich das.

Vorsitzender: Das heißt bei Ihnen.

Polizeibeamter: Wenn das so weiter geht, dann werde ich von meinem Recht Gebrauch machen und lasse die

Versammlung auflösen (allgemeines kühnliches Gelächter). Ob Sie lachen oder nicht, hier werden öffentliche Angelegenheiten erörtert.

Vorsitzender: Ich muß Ihnen vollständig überlassen, das zu tun, was Sie für gut befinden. Sie haben sich geweigert, das Lokal zu verlassen, die Folgen werden sich finden.

Das Ergebnis der Wahl ist, daß Herr Direktor Gahlacher mit allen Stimmen und Herr Bergasseffor Lenz ebenfalls mit allen Stimmen gewählt worden ist. Bei der Wahl durch die Herren Aeltesten sind abgegeben worden 314 Stimmen. Es sind gewählt die Knappschaftsältesten Althoff mit 194 Stimmen und Knappschafts- ältester Siepmann mit 195 Stimmen. Beide Herren sind also mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt.

Als Vertreter in den Ausschuss zur Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung und zur Ausübung der Verfügung, Anträge des Knappschaftsvereins gegen Vorstandsmitglieder oder Beamte aus- deren Geschäftsführung zu verfolgen wurden noch arbeiterfeind- liche Verbandsältesten Wunnebeck und Wellinghoff als ordentliche und Liffer und Heife als Ersatzmänner vorgeschlagen und im Laufe der Tagung auch mit großer Majorität gewählt. Inzwischen geht man über zu Punkt 8 der Tagesordnung.

Beschlußfassung über eine Vereinsfassung.

Als erster Redner hat Herr Bergasseffor Meine das Wort.

Vergasseffor Meine: Meine Herren! Der ergebnislose Verlauf unserer letzten Generalversammlung am 12. Oktober v. J. ist wohl vielen von uns unerwartet gekommen. Alle aber glaube ich, wenigstens alle, die es wohl meinen mit unserer Knappschaft und unseren Knappschaftsmitgliedern, haben ihn auf das tiefste bedauert. Ich glaube auch, daß sich allmählich immer mehr die Ueberzeugung Bahn gebrochen hat, daß es doch wohl nicht gut angängig ist, erst im letzten Augenblick in der Generalversammlung mit neuen Anträgen hervorzutreten, wie es damals geschehen ist, mit Anträgen, von denen bis dahin bei all den eingehenden langen Kommissions- verhandlungen mit keinem Wort die Rede gewesen war, mit Anträgen, deren Tragweite sich im Augenblick nicht übersehen ließ, von denen auch die besten Kenner der gesetzlichen Bestimmungen kaum sagen konnten, ob die Anträge überhaupt im Einklange mit dem Gesetz standen. Zunächst war die Form des Antrages, den der Herr Aeltester Nobis am 12. Oktober nach Beendigung der Disziplin- stelle, völlig ungeeignet, in das Statut aufgenommen zu werden. Die Antragssteller haben das auch wohl selbst eingesehen und haben ja ihren Antrag dann in eine Form gekleidet, die eine Erhöhung der Berginvalidenrenten in den niedrigsten Dienstaltersstufen um wenige Mark darstellt, die dann allmählich steigt bis zu einem Maximum in den mittleren Dienstaltersstufen und dann wieder abnimmt. Dieser abgeänderte Antrag ist dann sehr bald dem Herrn Vorsitzenden des Vorstandes zugeleitet und ist schweigend auch durch die Presse bekannt gegeben. Die Tabelle dazu ist vorher im Saale verteilt worden und sie liegt Ihnen also vor. Wir hatten infolge der Bekanntheit auf unserer Seite Gelegenheit, noch vor der nächsten darauf folgenden Sitzung des Knappschaftsvorstandes Stellung zu dem Vorlage zu nehmen. In der Vorstandssitzung am 12. November hat dann Herr Nobis den Antrag eingehend begründet und auch andere Vorstandsmitglieder haben dazu das Wort genommen.

Meine Herren! Bei unserer Prüfung dieses Antrages auf den ich näher eingehen muß, weil sie nach Mittelungen für der Presse auch heute durch erhalten wollen, sind wir von folgenden Erwägungen ausgegangen. Wir haben uns gefragt, und ich glaube kein Unparteiischer wird uns darin Unrecht geben, daß die an sich für sich durch die neue Berggesetznovelle gegebene Lage so wenig wie möglich durch die neue Erhöhung der Berginvalidenrenten zu verbessern. Die Bestimmung des Gesetzes, daß die Beiträge für die Pensionskasse so bemessen werden müssen, daß die Pensionen dauernd sicher gestellt werden können, macht, wie sie wissen, eine Erhöhung des wöchentlichen Gesamtbeitrages von 1.40 Mk. auf 1.90 Mk., das ist um 50 Pfg. erforderlich; das macht bei der Annahme von nur 200000 Pensionskassenmitgliedern allein eine Summe von 5 1/2 Millionen aus.

Der Umstand, daß im Zukunft die Werksbesitzer die gleichen Bei- träge zu zahlen haben, wie die Knappschaftsmitglieder, bringt es mit sich, daß dann der Werksbesitzerbeitrag von 60 Pfg. wöchentlich auf 95 Pfg. um 35 Pfg. steigt, wodurch allein in der Pensions- kasse für die Werksbesitzer eine Mehrbelastung von etwa 3 1/2 Millionen entsteht. Angesichts dieser Zahlen würde man es uns wohl nicht haben läßt nehmen können, wenn wir uns auf dem Standpunkt gestellt hätten, wir begünstigen uns damit, das Statut den gesetzlichen Bestimmungen anzupassen, lehnen aber überhaupt jede Erhöhung der Leistung ab. Dann meine Herren, es ist Ihnen bekannt, daß wir uns nicht auf diesen Standpunkt gestellt haben, daß wir in eingehende, sachliche und ich kann mit gutem Gewissen sagen, wohl- wollende Prüfung ihrer Wünsche eingetreten sind. Wir haben uns bereit erklärt, die Steuerbegüter zu erklären; wir haben uns bereit erklärt, die Reichrente in voller Höhe neben der Knappschaftsrente zu zahlen. Die große Mehrzahl von uns war am 12. Oktober bereit, auch bei den bereits vorhandenen Invaliden die teilweise Aufrechnung der Reichrente fallen zu lassen, wodurch eine weitere Erhöhung des Beitrages um 6 Pfg., das ist eine jährliche Mehr- belastung von 625000 Mk. erforderlich würde. Wir haben uns ferner bereit erklärt, das Hintergeld von 50 auf 60 Prozent zu erhöhen, wodurch eine Erhöhung des Beitrages um 0,5 Prozent des durchschnittlichen Tagelohnes erforderlich wird eine Erhöhung, die lediglich den Werksbesitzern zur Last fällt, da die Knappschaftsmitglieder vor wie nach nur 25 (%) die Werksbesitzer aber statt 1,52 Prozent zahlen müssen. Die dadurch entstehende Belastung ist wohl auf mindestens 1 Million zu schätzen.

Meine Herren! Das sind Zahlen, die doch zu denken geben. Das ist eine Belastung, die auch für unsere so glänzend entwickelten Bergbau keine Kleinigkeit ist und die im so schwerer ins Gewicht fällt, als es die gut und schlecht situierten Pechen in gleichen Maße trifft und wenn sie einmal übernommen ist, nicht nur in guten, sondern auch in schlechten Zeiten gezahlt werden muß. Bei der Abstimmung über den Antrag der Generalversammlung ein- gebracht Vermittlungsantrag Schulte stellte sich heraus, daß die großen Gesellschaften den Antrag ablehnten, die Vertreter kleinerer Werke hingegen den Vermittlungsantrag Schulte annahmen. (D. Nr.)

Angesichts dieser Zahlen haben wir uns gefragt, wir wollten zwar auch in eine sachliche Prüfung aller weiteren Wünsche ein- treten, aber wir können solche Wünsche nur dann berücksichtigen, wenn wirklich ein zwingendes Bedürfnis dafür vorliegt.

Nun ist Ihnen ja bekannt, daß die von uns vorgesehene Erhöhung der Pensionen in denjenigen Dienstaltersstufen, in denen erfahrungsgemäß die meisten Kinder unter 14 Jahren vorhanden sind, reichlich bis zu dem doppelten des Hintergeldes beträgt.

Nun gebe ich ja gern zu, daß manche Berginvaliden mehr als zwei Kinder unter 14 Jahren zu unterhalten haben, aber es ist doch zu berücksichtigen, daß es sich um Berginvaliden handelt, also um Leute, die nicht etwa vollständig arbeitsunfähig sind, deren Gesundheitszustand nur nicht mehr geteilt, daß sie die schweren eigentlichen Bergarbeiten unter Lage verrichten. Diese Leute sind durchnweg — denn sonst würden die Reichsinvaliden werden und zunächst hier bei der Betrachtung auscheiden — noch in erheblichem Maße arbeitsfähig. Sie arbeiten ja nicht (?) , sondern nicht besondere Umstände es ihnen angenehmer erscheinen lassen, sich einem anderen Berufe zuzuwenden, auch wieder auf Bergwerken (?). Ich habe nur einmal zusammenstellen lassen, was auf den mir unterstellten Schätzungen Germania I und II und Böllern I und II die Berginvaliden verdienen. Ich habe um nur ja kein zu günstig gefälltes Resultat zu bekommen, den Monat Oktober genommen, der bekanntlich in seinem Anfang infolge der Crise-

arbeiten und in seinem weiteren Verlauf infolge des Wagenmangels...

Auf der Fache Germania I arbeiteten im Oktober insgesamt 48 Berginvaliden...

Auf Germania II waren 74 Berginvaliden beschäftigt. Sie verdienten durchschnittlich 3,82 Ml. Der durchschnittliche Monatsverdienst betrug 95,71 Vt.

Auf Zollern I arbeiteten 41 Berginvaliden mit einem Schichtverdienst von 3,85 Ml. und einem durchschnittlichen Monatslohn von 102 Ml.

Auf Zollern II arbeiteten 40 Berginvaliden mit einem durchschnittlichen Schichtverdienst von 4,23 Ml. und einem Monatslohn von 107,06 Ml. Durchschnittlich verdienen also die Berginvaliden auf diesen vier Schichtanlagen rund 4,- Ml. Sie hatten 25 Schichten verfahren bei 27 Arbeitstagen und durchschnittlich einen Monatslohn von rund 100 Ml. Ja, meine Herren, das ist doch ein Verdienst, der selbst in unserer Gegend nicht als ein niedriger bezeichnet werden kann...

Anders liegt der Fall natürlich bei denjenigen, die nicht nur Berginvaliden sondern auch Reichsinvaliden sind. Diese Leute verdienen ja wirklich nur wenig; sie sind meistens auf ihre Rente angewiesen. Für sie würde der Fortfall des Kindergeldes an sich in vielen Fällen eine große Härte bedeuten...

Meine Herren, auf Grund dieser Erwägungen können wir nicht anerkennen, daß ein Bedürfnis zur Erhöhung der Berginvalidenpensionen über unsere Vorschläge hinaus vorliegt und wir sind daher auch den Ihnen angeführten Gründen nicht in der Lage, einem dahingehenden Antrage, wenn er heute wiederholt werden sollte, zuzustimmen...

Ich möchte nun die Herren Werksbesitzer dringend bitten, dem Vermittelungs-vorschlag des Herrn Geheimrats Steinbrink auch heute wieder zuzustimmen. Ich für meine Person und meine Gesellschaft bin bereit, es zu tun, ich erkläre aber ausdrücklich, daß ich es nur tue unter der Voraussetzung, daß eben heute eine Einigung zustande kommt...

Meine Herren Werksbesitzer! Ich kenne die schweren Bedenken, die Sie gegen diesen Vermittelungs-vorschlag haben. Ich kann Ihnen nicht Unrecht geben, wenn Sie diese Bedenken als durchaus sachlich und begründete hinstellen. Trotzdem möchte ich Sie bitten, stimmen Sie, wenn seitens der Arbeiter weitere Forderungen nicht gestellt werden, dem Vorschlage doch auch heute wieder zu...

Meine Herren! Ich erlaube mir daher, den folgenden Antrag zu stellen:

Die Generalversammlung erteilt ihre Zustimmung zu dem 5. Entwurf einer Sitzung in der Sitzung der für die Hauptversammlung vom 12. Oktober v. J. hergestellten Drucklegung mit nachfolgenden Abänderungen:

- 1. In § 23, Absatz 2, wird die Zahl 111 durch 108 ersetzt (es ist das lediglich die Verichtigung eines Druckfehlers).
2. In § 74, Absatz 2, unter Ziffer 1 werden die Worte 0,95 Ml. ersetzt durch die Worte 0,98 Ml.
3. In § 84, Absatz 2, wird der letzte Satz: „Aus jedem dieser Bezirke 10 Vertreter zur Generalversammlung gewählt“ gestrichen. Es ist dieser Satz — Herr Veltzien hat das damals richtig darauf aufmerksam gemacht — verächtlich aus einem früheren Entwurf hergeblieben; er muß natürlich fallen, nachdem die Vertreterwahlen zur Generalversammlung abgelehrt sind.
4. Der § 109 erhält am Schlusse folgenden Zusatz: „Mit der Maßgabe, daß mit dem 1. Januar 1908 die Zulagenrente in Fortfall kommt und statt dieser Zulagenrente auch beim Bezüge der reichsgegliederten Invaliden- bzw. Altersrente die volle Berginvalidenrente gewährt wird.“

Meine Herren, es ist das wörtlich der Vermittelungs-vorschlag des Herrn Geheimrats Steinbrink. Die Generalversammlung beschließt ferner:

Der Allgemeine Knappschaftsverein tritt der in der Bildung begriffenen knappschaftlichen Rückversicherungsanstalt a. G. (ist schon gebildet. D. N.) bei. An der Gesamtzahl der auf den Allgemeinen Knappschaftsverein entfallenden Ausschüsse sind Mitglieder und Erziehungsmänner, sowie an der Zahl der aus den Mitgliedern des Vorstandes des Allgemeinen Knappschaftsvereins zu ernennenden Vertreter zur Hauptversammlung sollen Vertreter und Vertreter in gleicher Zahl berechtigt sein. Der Vorstand wird ermächtigt, behufs Herbeiführung des Bestandes des Allgemeinen...

Knappschaftsverein an die in der Bildung begriffene knappschaftliche Rückversicherungsanstalt a. G. hiernach das Weitere zu veranlassen.

Meine Herren, ich bitte Sie dringend: Stimmen Sie möglichst einmütig diesem Antrage zu. Die Herren Veltzien im Knappschaftsvorstande haben uns in der Sitzung vom 12. November ausdrücklich erklärt, daß lediglich der Wunsch und die Hoffnung, noch mehr für die von ihnen vertretenen Mitglieder zu erzielen, für sie in der letzten Generalversammlung Veranlassung gewesen ist, unsere Vorschläge abzulehnen.

Meine Herren, daraus wird Ihnen niemand einen Vorwurf machen. Sie haben damit nur Ihre Pflicht getan und es gereicht Ihnen das zur Ehre. Aber heute liegt der Fall anders. Es wissen genau, wie weit wir zu gehen gewillt sind. Meine Ausführungen werden Ihnen volle Klarheit darüber gegeben haben, daß mein Antrag das Auserwählte ist, was Sie erreichen könnten und ich spreche meine ehrliche Überzeugung dahin aus, daß, wenn die heutige Versammlung wieder ergebnislos verläuft, die Leistungen für unsere Kranken und Invaliden Mitglieder für absehbare Zeit nach dem von der Behörde festgesetzten Stande geachtet werden. Es ist sehr leicht möglich, daß Verhältnisse eintreten, die es uns unmöglich machen, künftig unsere Angehörigen so aufrecht zu erhalten. Was es aber bedeutet, wenn die, in dem von der Behörde festgesetzten Stande vorgezeichneten Leistungen gewährt werden, dafür will ich Ihnen nur wenige Zahlen aufzählen. Nach meinem Vorschlage soll das Sterbegeld in der Krankenkasse anstatt bisher den Witwen, den Witwen den Betrag des durchschnittlichen Tagelohnes betragen. In der Pensionsklasse anstatt 50, 75 Ml., während nach dem derzeitigen Stande das Sterbegeld nach wie vor in der Krankenkasse das 20fache des durchschnittlichen Tagelohnes beträgt und in der Pensionsklasse 50 Ml. Das macht nach dem Stande des Jahres 1905 — heute sind die Zahlen schon erheblich höher — 106.000 Ml., die Sie den Hinterbliebenen Ihrer verstorbenen Mitglieder entziehen, wenn Sie meinen Antrag ablehnen.

Nach dem behördlichen Statut wird die Reichsrente in derselben Weise aufgerechnet wie bisher, (in nicht so umfangreichem Sinne wie bisher. D. N.) sowohl bei den bereits vorhandenen, wie bei den zukünftigen Invaliden. Nach meinem Antrage fällt diese Aufrechnung fort. Sie fällt auch fort bei den bereits vorhandenen Invaliden. Es macht pro Jahr eine Summe von heute bereits 1 Million Mark aus, die sich von Jahr zu Jahr erheblich steigern wird und die Sie den Invaliden im nächsten Jahre für Jahr entziehen, wenn Sie sich nicht entschließen könnten, meinem Antrage zuzustimmen.

Nach meinem Antrage soll das Krankengeld von 50 auf 60 Proz. erhöht werden; das hätte Krankengeld beträgt dann nach wie vor 3 Ml. Niemand bekommt weniger wie bisher; aber alle diejenigen, die weniger als 6 Ml., und das sind nach dem heutigen Stande 80 bis 90 Proz. unserer Belegschaft, bekommen mehr als bisher. Nach dem behördlichen Statut beträgt das Krankengeld nach wie vor 50 Proz. des durchschnittlichen Tagelohnes. Da aber nur bei Verdienst bis zu 5 Ml. in Anrechnung kommt, bekommen alle diejenigen, die mehr als 5 Ml. verdienen, und das sind über 50 Proz. unserer Belegschaft, weniger als bisher.

Nach dem Stande vom Jahre 1905 werden nach meinem Vorschlage jährlich an Krankengeld 1.558.281 Ml. mehr gezahlt als nach dem behördlichen Statut. Diese 1.558.281 Ml. würden Sie Ihren Kranken Mitgliedern entziehen, wenn Sie gegen meinen Antrag stimmen.

Meine Herren! Insgesamt macht das eine Summe aus, die bereits 2 1/2 Millionen übersteigt und die aller Wahrscheinlichkeit nach von Jahr zu Jahr nicht unerheblich zunehmen wird.

Ja, meine Herren! Da meine ich wirklich: Können Sie es verantworten, eine so große Summe Ihnen Kranken und Invaliden Knappschaftsmitgliedern zu entziehen, bloß deshalb, weil nicht alle Ihre Wünsche erfüllt werden, weil sie nicht erfüllt werden aus, wie ich Ihnen ausgeführt zu haben glaube, durchaus sachlich wohl erwogenen Gründen. Meine Herren, die Lage ist heute eine andere wie in der letzten Generalversammlung. Es ist meiner Ansicht nach Ihre Pflicht, nicht nur zu prüfen, was den von Ihnen vertretenen Knappschaftsmitgliedern am besten frömmst und ich habe das feste Vertrauen in Ihrer Sachlichkeit und Ihrem gesunden Urteile, daß Sie das Beispiel Ihrer Koll gen vom Knappschaftsverein Rheinpreußen befolgen, die einstimmig ein unseren Vorschlägen entsprechendes Statut angenommen haben und das auch Sie heute meinem Antrage zustimmen zum Besten unserer Knappschaft und zum Wohle unserer Knappschaftsmitglieder.

Altester Nobis! Selbst auf die Gefahr hin, eine Anklage von der Polizeibehörde zu erhalten, will ich in einer nicht angemeldeten Versammlung rede, sehe ich mich doch heute veranlaßt, in die Debatte einzugreifen. Es hat mich getrennt, daß mein Vorredner, der Herr Bergassdorff Klein, mich konstatiert hat, daß nunmehr über die Anträge, die wir in der letzten Versammlung gestellt haben, Klarheit geschaffen ist. Es ist das zumal von beiden Seiten in der Presse viel über den Antrag geschrieben worden. Die Werksbesitzer haben geglaubt, unsere Anträge würden bis zu 80 Ml. gehen und die Belastung würde 1 Million übersteigen.

Wie wir sehen, herrscht über die Situation Klarheit und wir sind heute ebenfalls, wie Sie nach Ihren Ausführungen, die Sie uns gemacht haben, hierher gekommen, um das Einheitsband zu knüpfen, die Streitzeit zu begraben, die annähernd ein Jahr angegraben war. Ich kann aber schon im voraus bemerken, wenn die Bemerkungen meines Vorredners in die Wirklichkeit, zur Tat umgesetzt werden, daß dann tatsächlich am heutigen Tage die Verhandlungen genau so resultatlos verlaufen wie am 12. Oktober. (Zehr richtig und Bravo bei den Veltzien). Herr Klein hat sich der Mühe unterzogen, auf den Gruben, denen er vorsteht, eine Aufstellung machen zu lassen, wieviel Invaliden dort beschäftigt sind, wieviel sie verdienen usw. Er hat auch behauptet, daß annähernd sämtliche Invaliden auf den Gruben beschäftigt wären. Ich sehe diese Zahlen heute zum erstenmal, muß aber diese Zahlen anerkennen, wenn ich hier vier Schächte sehe mit durchschnittlich 48, 47, 41 und 40 Invaliden, ungefähr 170 Invaliden. Und ich möchte wohl annehmen, daß noch nicht die Hälfte unserer Invaliden auf den Gruben beschäftigt ist und auch nicht beschäftigt werden kann nach den ärztlichen Gutachten, weil ihnen die Arbeit verboten und angeraten wird, nicht mehr zur Grube zu gehen in anbetrach ihrer Gesundheitszustandes und dann vor wie nach dem Zufall anbeingegeben wird, wie und wo sie Beschäftigung finden usw. Ich möchte nur kurz sagen, wenn Sie unsere Angaben absolut nicht glauben wollen und da wir nur das Interesse unserer Mitglieder im Auge haben und unsere Kommunen in Schutz nehmen wollen mit unseren Anträgen, dann möchte ich darauf verweisen, doch mal nachzuprüfen, wie es in unseren Armenverwaltungen aussieht, wie groß die Belastung der Armenverwaltungen durch unsere Berginvaliden, Witwen und Waisen ist, wie stark sie in Anspruch genommen werden.

Meine Herren! Die Tabelle, die wir Ihnen am heutigen Tage eingehändigt haben, erhebe ich ebenfalls zu unserem Antrage und möchte sie auch kurz begründen. Nach unserm Dafürhalten sollten die Werksbesitzer, selbst auf die Gefahr hin, 2 Pfg. pro Mitglied mehr zu zahlen, die Satzungen nicht scheitern lassen.

Unsere Gesichtspunkte, die wir dabei im Auge haben, haben uns geleitet bis zum letzten Augenblicke, jedoch ich Ihnen, ebenso definitiv wie bestimmt erklären kann, daß wir von diesem allermindestens nicht zurückgehen können (Zustimmung bei den Veltzien), weil unser Vorschlag nicht eine solche Belastung für die Herren Werksbesitzer sowohl wie für die Arbeiter mit sich bringt, daß sie nicht zu ertragen wäre, dann ist die Forderung in Punkte der Ver-

teilung der 40 Ml. so gehalten, daß wir nicht darauf verzichten können, deshalb nicht, weil Verhältnisse durch die geänderten Bestimmungen uns gegeben werden durch das Zwangsstatut, auch durch den Antrag des Herrn Bergassdorff Klein, welche wir absolut nicht annehmen können.

Ich möchte darauf hinweisen, daß nach unserer Berechnung die Mehrbelastung von 40 Ml. für die Invaliden in einem ganzen Jahre 58.650,84 Ml. bedingt. Das durchschnittliche Lebensalter der Invaliden ist auf acht Jahre festzusetzen; es sind also 8 mal 58.650,84, das sind 469.206,72 Ml. Diese Belastung wird nicht, wie in der Vorlage irrtümlich angegeben, 1906, sondern 1915 erst erreicht. Also es wird sich im nächsten Jahre erst eine Belastung von 58.650,84 Ml. ergeben, wogegen sich erst nach acht Jahren im Beharrungszustande die Summe von circa 1/2 Million ergeben würde. Dadurch wird eine Beitragsbelastung bedingt von 2,29 Ml. auf das Jahr zu 50 Beitragswochen, oder pro Arbeitgeber und Arbeitnehmer je 21,4 Pfg. für die Woche. Wir haben die Meinung vertreten, daß darüber hinaus keine Belastung sich ergeben würde. Da nun die Mitgliedschaft am 1. Januar 1908 durch die Berggesetznovelle bedeutend stärker werden wird, weil das einjährigbeschäftigte Lebensalter von 30 auf 40 Jahre erhöht worden ist, so würden wir eine bedeutend höhere Mitgliederzahl im nächsten Jahre bekommen und zwar haben wir sie angegeben auf 260 bis 270.000 Mann. Wir glauben dadurch, daß wir unbedingt mit 2 Pfg. pro Woche Mehrbeitrag ankommen könnten.

Dann, was ich vorher bereits angedeutet habe, was uns absolut davon abhält, auf den Antrag des Herrn Bergassdorff Klein einzugehen, ist das, — und wenn Sie sich der Mühe unterziehen wollen, die Tabelle nachzusehen — daß eine Witwe mit 5 Dienstjahren und 5 Kindern 135,94 Ml. mehr bekommt, als wenn ihr Mann noch lebte. Eine Witwe mit 10 Dienstjahren und 5 Kindern bekommt 98,40 Ml. mehr, als zur Zeit des Mannes, und bei 15 Dienstjahren und 5 Kindern ergibt sich bei der Witwenrente ein Mehr von 49 Ml. Das sind Zustände, die Sie uns nicht zumuten können, uns auf eine solche Verminderung der Rentenbezüge einzulassen. Trotz und alledem will ich damit nicht sagen, unsere Witwen bekommen zuviel, absolut nicht; im Gegenteil, wir wissen, daß unsere Witwen auch nicht genügend Rente für sich und ihre Kinder beziehen.

Ferner möchte ich einen Augenblick zu dem Antrage des Herrn Bergassdorff Klein das Wort nehmen, den er übernommen hat, von dem Regierungsvertreter Geh. Oberbergamt Steinbrink, und melden wir ja auch zu dem unsrigen erheben. Dieser Antrag, so sagen wir uns, war u. G. schon aus Gerechtigkeits- und Billigkeitgefühl einzubringen. Oder glauben Sie wirklich, meine Herren, daß das noch nicht genügend war, daß man vom Jahre 1892 bis 1899 unseren Reichsinvaliden die ganze Reichsinvalidenrente eingehalten hat oder ferner, daß man den Knappschaftsinvaliden von 1898 bis jetzt 10/8 zum größten Teile, wenn dieselben auch Reichsinvaliden wurden, die Berginvalidenrente einhielt? War ein solches Vorgehen gerecht, wo man die Mitglieder zwangsweise zu Beiträgen heranzieht, ihnen Pflichten auferlegt? Das ist von jeder der Gedanke, Wille und Wunsch, welcher auch jetzt noch vorherrscht, daß man da, wo man Pflichten auferlegt, auch Rechte gewähren muß.

Ich werde hoffen, daß wir uns am heutigen Tage vielleicht in dieser Weise noch nähern könnten.

Dann möchte ich einen Augenblick mich zu dem Rückversicherungverband selbst wenden. Ich möchte wohl jetzt noch sagen, daß auch unter uns eine große Sympathie für den Rückversicherungverband herrscht, daß auch wir das Wohl und Beste der gesamten preussischen und deutschen Knappschaftsmitglieder zu fördern bestrebt sind. Ich glaube, daß Sie uns das zumuten könnten. Meine Herren, wenn in einer Generalversammlung in Berlin, wo über den Rückversicherungverband, über dessen Bedeutung, Zweckmäßigkeit und Vorteile usw. gesprochen worden ist, und auch unser Verwaltungsdirektor Herr Köhne — es internommen hat dort ebenfalls über die Zweckmäßigkeit des Rückversicherungverbandes zu sprechen, so meine ich doch, daß es für die Werksbesitzer am heutigen Tage doch leicht sein könnte, wenn wir uns auf diesem Gebiete einigten, dadurch, daß sie unseren so minimalen Forderungen, die wir gestellt haben, zustimmen. Gestagt wird, daß wir allein bei 200.000 Pensionskassenmitgliedern 2 1/2 bis 3 Millionen Mark sparen könnten an Beiträgen, wenn wir dem Rückversicherungverband beitreten würden, und wenn diese Zahlen der Wirklichkeit entsprechen, welche hier angegeben sind, dann meine ich doch, meine Herren, könnten Sie unseren Antrag, der noch nicht einmal 1/2 Millionen Mark Auslage bedeutet, um so leichter zustimmen.

Wenn Sie den berechtigten Wünschen und Anträgen unsererseits nicht zustimmen können, so werden wir als Arbeitervertreter, so leid es uns tut, auch gegen den Rückversicherungverband stimmen. Ich weise auf die drohende Gefahr hin, die eventuell durch die Ablehnung der Arbeiterwünsche am heutigen Tage sich noch verschärfen würde. Diese drohende Gefahr, die unter Umständen das ganze wirtschaftliche Leben des deutschen Vaterlandes gefährden kann. Wir sollten einen Augenblick darüber nachdenken. Ich gebe die Versicherung, daß gerade genügend schon größerer Unzufriedenheit und Groll unter den Mitgliedern herrscht. Unsere Mitglieder, nicht etwa die alten Invaliden allein, sondern unsere sämtlichen Mitglieder haben uns in allen Versammlungen ausdrücklich beauftragt, zu erklären, daß unser Antrag das allermindeste ist, was wir zu vertreten haben und sie sagten: Welche den Vertretern, die uns dagegen stimmen. Sie hören, wie es bei uns aussieht. Ich mache Ihnen keinen blauen Dunst vor, sondern es sind die tatsächlichen Verhältnisse, wie sie gegenwärtig vorhanden sind. Gestagt der Fall, daß wir am heutigen Tage nicht das Einheitsband zusammenknüpfen könnten, kann es doch meines Erachtens den Werksbesitzern tatsächlich nicht angenehm sein, daß nun fortwährend Groll bleiben soll unter den Bergarbeitern. Läge nicht die Notwendigkeit und die Bedürftigkeit vor, wir hätten einen solchen Antrag nicht gestellt. Ich beantrage, wie am 12. Oktober, die namentliche Abstimmung vorzunehmen. Ich möchte nochmals eruchen, meine Herren Werksbesitzer, wenn es Ihnen in Wirklichkeit darum zu tun ist, den Frieden im Ruhrrevier zu schließen, geben Sie der über 300.000 zählenden Bergarbeiterschaft des Ruhrreviers das Wohlwollensgefühl nachträglich und Sie werden sich überzeugen, daß diese es freudig aufnehmen werden.

(Schluß folgt in nächster Nr.)

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Die Preise des Kohlenhandels

sind in den letzten 3 Jahren ständig in die Höhe gesetzt worden. Für die einzelnen Sorten mußten gezahlt werden:

Table with 4 columns: Year (1904/05, 1905/06, 1906/07, 1907/08) and Price (Ml.). Rows include: Förderkohlen (fett), Förderkohlen (mager), Gaslampeförderkohlen, Höchsenkoks I, Giebkoks, Brekett, I. Sorte.

Die Preissteigerung innerhalb eines Jahres beträgt 1-2 Ml. pro Tonne. Von 1904-1907 wurden die Kohlenpreise um 1,75-2,25 Ml. erhöht. Es wird zwar behauptet, das sei vor allen Dingen auf die Lohnsteigerung zurückzuführen, wir betonen das aber ganz entschieden. Wir sind die höchste Lohnklasse heraus, Dauer und Schlepper. Jedes Mitglied dieser Klasse liefert pro Schicht ungefähr 1 1/2 T. Kohlen. Wenn wir nur 1 Ml. Preissteigerung pro Tonne rechnen, so ließe es sich...

Mitglied der ersten Kohlenklasse pro Schicht 1907 für 1,50 Mk. Kohlen mehr als 1906. Dagegen hat der Durchschnittslohn dieser Arbeiter Beträge im 3. Quartal 1906: 5,88, 1907: 6,00 Mk. Das Lohnmehr beträgt also 71 Pf. pro Schicht, die geleistete Wertmenge war aber 150 Pf. höher! Von der Kohlenpreiserhöhung ist also nicht einmal die Hälfte den eigentlichen Verleuten in Form höherer Löhne zugeflossen.

Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die angegebenen Preise sich nicht mit den tatsächlichen Inlandsverkaufspreisen decken. Wo die Hauptverkaufsstelle des Kohlenhandels, das in Wülheim-Mühle stationierte Kohlenkontor mit den Kohlenverarbeitern umspringt, erzählt eine Aufschrift an die „Südln. Volksg.“ dort heißt es:

Das Kohlenkontor hat in seinen famosen Lieferungsbedingungen allen Abnehmern verboten, anderwärts Kohlen zu kaufen. Wer dieses Verbot übertritt, wird mit einer Strafe von 30 Pf. für die Tonne belegt; ja ihm können sogar sämtliche Verträge aus dem Jahre 1907 an der Wurzel abgehackt werden! Die Kohlenkontore haben das fälschliche Gewerbe im blinden Vertrauen zur unbedingten Zurechnung der Kohlenkontore diese Verträge ohne weiteres unterzeichnet. Da kam die große Kohlenknappheit, und das Kohlenkontor zeigte sich außerstande, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Es ging so weit, daß es seinen Abnehmern 30 Proz. von den durch Vertrag zugesicherten Mengen fehl und dann den Verkauf mit englischer Kohle, die aber weniger wert war, deckte. Erst nachdem sich einige Firmen über dieses Vorgehen beklagt hatten, wurde diesen gestattet, auch an der Wülheim-Mühle zu kaufen. Natürlich waren um diese Zeit die Preise der englischen Kohlen bereits wesentlich höher, als im Frühjahr, wo deren Einkauf seitens des Kohlenkontors diesen Kunden verweigert gewesen war; den Schaden hatten natürlich die Verbraucher zu tragen. Trotzdem war die beschriebene Konkurrenzklause nur vorübergehend und durchaus nicht vollständig aufgehoben; aber das Unheiß, welches durch das rücksichtslose Verhalten des Kohlenkontors angerichtet worden war, veranlaßte eine Anzahl süddeutscher Verbraucher und Kohlenhändler, sich zusammenzutun, um gegen die „Lieferungsbedingungen“ des Kohlenkontors Stellung zu nehmen.

Endlich hatte man die Bevormundung, die sich das Kohlenkontor der Kundenschaft gegenüber anmaßte, doch innerlich gefunden. Eingeweihte wissen, daß das geplante Vorgehen, welches damals im Gange war, den Herren in Essen, Wülheim und Wanneheim arg unangenehm wurde. Um ihm zu begegnen, fing das Kohlenkontor vorerst an, denjenigen Firmen, welche am unangenehmsten waren, gut zu liefern. Damit sollten die lautesten Schreier stumm gemacht werden. Als dann im September das Wasser des Rheines fiel, und wochenlang der Schiffsverkehr auf dem Rhein unterbunden war, spürten gar manche Unternehmungen so gut wie nichts von der Kohlenknappheit. Sie hatten gute Vorräte — allerdings auf Kosten der anderen; aber das Kohlenkontor konnte bei ihnen darauf verweisen, daß sie, trotz der Verfallsfristigkeiten, und trotzdem die Verpflichtung zur Lieferung in solchen Zeiten eigentlich ruht, so gut bedient seien. Insofern könnte man den schlechten Wasserstand sogar einen Glücksfall des Kohlenkontors nennen; ja — das Kohlenkontor hat seit seinem Bestande überhaupt schon sehr viel Glück gehabt. Seit weiterer Vorräte war es, daß infolge der hohen Frachten die Preise der englischen Kohlen gewaltig gestiegen waren. Alle, die sich gezwungen sahen, zum Ersatz für ihre gekauften Ruhrkohlen englische Kohlen heranzuziehen, mußten dafür teures Geld bezahlen. Auch bekamen sie erstklassige Sorten nicht; denn, wie dies schon in solchen Zeiten zu geschehen pflegt, werden nicht gerade die besten Marken eingeführt. Kein Wunder, daß die Leute sich über die englischen Kohlen heftig beklagten und begannen, dem Kohlenkontor, dieser großen Bezugsquelle für Ruhrkohlen, seine Sünden zu verzeihen. Der Deutsche und besonders der Süddeutsche ist ja groß im Verzeihen!

Hier legt nun ein **Schadung des Kohlenkontors** ein, der verdient, daß er der Öffentlichkeit nicht verborgen bleibe, oder, um es gleich zu sagen, die Maßnahmen des Kohlenkontors sind in den wenigsten Fällen auf seinem geistigen Beut gewachsen. Ueber seinen Geschäften schwebt der Geist eines Herrn in Wülheim, der aber nicht in den Räumen des Kohlenkontors sitzt. Es ist derselbe Herr, der vor zwei Jahren, als der große Ansehnd der Vergleute auf seiner Besuche den Anfang nahm, sich offen äußerte, daß sei Lebensweg über Weiden führe. Dieser Herr ist auch im Syndikat bedeutenden Einfluß. Das übrigens das **Kohlenkontor Hand in Hand mit dem Syndikat arbeitet**, geht schon daraus hervor, daß das Syndikat die stärkste Beteiligung am Kohlenkontor hat. Nun hatte aber das Syndikat diesmal nach außen hin den Entschluß kund gegeben, mit den Verkaufspreisen ein wenig die Waage zu halten, und zwar, wie man sich vorstellen kann, wenn man sich die Maßnahmen des Kohlenkontors im Auge faßt, in dem Sinne, daß die Preise der Kohlen nicht so hoch sein sollten, wie sie im vergangenen Sommer, sondern im Gegenteil stark nachgelassen hat, nur, obwohl die Geschäftslage schon klarer geworden ist und noch klarer werden wird, ist es dem Kohlenkontor gelungen, eine beträchtliche Geschäftszunahme der ohnehin schon hohen Kohlen- und Kokspreise durchzusetzen! Der Weg dazu war gut vorbereitet. Man hat den Zeitpunkt gewählt, wo die englischen Kohlen noch teuer sind, und diejenigen, die, weil sie näher sind, den deutschen Markt besser beurteilen können, als die Engländer, hat man zum Schweigen gebracht. Wenn nun so ein Fabrikant das Angebot des Kohlenkontors erhält, mit der bindigen Anforderung, binnen drei bis acht Tagen seinen Bedarf aufzugeben, und er zugleich sieht, daß niemand sonst auf dem Plan erscheint, so wandelt er ein wenig Ängst vor den Folgen an, die entstehen können, wenn er zögern würde. Also hat er zugegriffen. Das **Syndikat hat auch nicht ermangelt, einigen Leuten Furcht einzujagen**, indem es das furchtbare Bild eines allgemeinen Ausverkaufes zeichnete, der für das kommende Frühjahr bevorstehe.

Sicherlich ist es nicht unmöglich, daß wir wieder einmal einen großen Arbeiterausstand im Ruhrgebiet erleben, und das Syndikat den Doss ein machina spielt. Wer die Verhältnisse in Wülheim einigermaßen kennt, weiß, daß es den Besessenen viel leichter fällt, die Arbeiter durch Lohnabzüge, Chikanen usw. in einen Ausstand zu treiben, als es dann den Führern der Gewerkschaften gelingt, die Arbeiter zu mäßigen. Man wird zugeben, daß den Herren in Essen ein Ausstand im nächsten Jahre vielleicht nicht unangelegen käme. Dann dürfte es aber den süddeutschen Gewerkschaften ziemlich schmerzhaft ergehen; denn der preussische Fiskus, welcher bekanntlich der erste war, der dem Syndikat einen erheblichen Preis bewilligt, hat sich dafür wenigstens einen Vorzug ausbedungen. Im Falle eines Ausstandes steht nämlich der preussische Regierung das Recht zu, alle Mengen, die bereits gefördert sind oder noch gefördert werden, mit Beschlag zu legen. Die armen Süddeutschen waren jedoch auf ihren Vorrät nicht so bedacht, wie der Minister in Preußen. In ihrem Eifer, beim Kohlenkontor wieder einzukaufen zu dürfen, haben sie ihre guten Vorräte vom letzten Sommer vergriffen und schloffen den Vertrag unterzeichnet. Von der Abänderung der „Lieferungsbedingungen“ ist keine Rede mehr. Wenn dann etwa Ruhrkohlen nicht zu haben sind, werden sie gewaltig die Augen öffnen; denn wieder ist es ihnen dann notwendig, sich rechtzeitig an den Rhein zu begeben! Item: sie dürfen aber jetzt dem Kohlenkontor höhere Preise bezahlen!

So hat das Kohlenkontor bereits große Abschlüsse heringebracht und beinahe die Hälfte der verfügbaren Kohlenmengen ver-

kauft. Damit sind die Preise befestigt, und ein guter Gewinn für das nächste Jahr ist sicher.

Somit die „Allwöchliche Volkszeitung“. Ihre Mitteilungen sind für die Vergleute um so wichtiger, weil sie diejenigen unterstützen, die der Ansicht sind, das abnehmende Verhalten der Besessenen in der Anknüpfungsforderung könne auch den Zweck haben, die erbitterten Arbeiter in einen wilden, ausschließlichen Streik zu treiben! Der würde natürlich den Besessenen nützen! Sie werden nie Schaden von einem Bergarbeiterstreik haben, weil sie zeitweilige Verluste leicht durch Erhöhung der Verkaufspreise mehr als ausmerzen können! Das ist der Segen des Kohlenmonopols. Das Volk ist den Monopolisten ausgeliefert.

### Aus den Unternehmerverbänden.

Neueinstellung im Kohlenhandels.

Am 1. Januar 1908 ist im rheinisch-westfälischen Kohlenhandels eine Veränderung der Beteiligungsziffern eingetreten. Danach stellt sich die Gesamtsumme der Beteiligung

für 1907  
in Kohlen auf 76 076 457 Tz. gegen 70 426 884 Tz.  
" Koks " 14 142 850 " " 18 088 008 "  
" Breikoks " 8 212 810 " " 2 889 910 "

Es erhöhen sich demnach die Gesamtziffern gegen die bisherige Beteiligung

in Kohlen um 250 428 Tz. = 0,33 Proz.  
" Koks " 1 055 857 " = 8,0 "  
" Breikoks " 872 000 " = 18,1 "

In Kohlen ist die Steigerung demnach nur gering, während sie in Koks und Breikoks recht beträchtlich erscheint. Für Koks ist die Mehrbeteiligung deshalb am höchsten, weil die bei der Verkokung gewonnenen Nebenprodukte den Besessenen großen Gewinn bringen. Die Veränderungen erstrecken sich auf folgende Besen:

Deutscher Kaiser mehr 150 000 Tz.  
Friedrich der Große " 182 528 "  
Heinrich " 27 700 "  
Mansfeld " 90 000 "  
Schnabel ins Osten " 60 000 "  
Ver. Zrappe " 2 900 "  
Georgs-Marien-Verein weniger 55 000 "  
Rheinische Stahlwerke " 57 500 "  
Union " 100 000 "

Wegen der ungeheuren Bedeutung des Syndikats ist es angebracht, seine neue Mitgliederliste unseren Lesern bekannt zu geben. Die Beteiligungsziffern der einzelnen Unternehmungen sind folgende:

| Nr. | Gewert. Bez. Gesellschaft          | Kohlen-Beteiligung Tz. | Koks-Beteiligung Tz. | Breikoks-Beteiligung Tz. |
|-----|------------------------------------|------------------------|----------------------|--------------------------|
| 1   | Altendorf                          | 240 000                |                      | 77 800                   |
| 2   | Aplerbeck                          | 300 000                |                      | 92 450                   |
| 3   | Arnsberg                           | 1 872 702              | 287 250              |                          |
| 4   | Blaunenburg                        | 155 000                |                      | 100 000                  |
| 5   | Böckumer Bergwerks-Vt.             | 405 000                | 186 000              |                          |
| 6   | Böckumer Verein                    | 364 000                | 4 000                | 154 100                  |
| 7   | Borussia                           | 144 780                | 71 000               |                          |
| 8   | Caroline                           | 150 000                |                      | 46 800                   |
| 9   | Carolinus Magnus                   | 300 000                |                      |                          |
| 10  | ver. Charlotte                     | 120 000                |                      |                          |
| 11  | Concordia                          | 1 628 878              | 327 400              |                          |
| 12  | Consolidation                      | 1 740 000              | 415 400              |                          |
| 13  | ver. Constantia der Große          | 1 884 500              | 620 000              |                          |
| 14  | Crone                              | 204 000                | 40 000               |                          |
| 15  | Dahlbusch                          | 1 210 000              | 183 000              |                          |
| 16  | Deutscher Kaiser                   | 1 050 000              | 12 000               |                          |
| 17  | Deutsch-Engl. Vergw. u. Mitten-Vt. | 1 785 000              | 428 000              | 248 000                  |
| 18  | Deutschland                        | 325 500                | 101 200              |                          |
| 19  | Dortmund                           | 840 000                | 288 500              |                          |
| 20  | Eintracht Tiefbau                  | 582 000                | 70 000               | 168 850                  |
| 21  | Hoersch                            | 550 000                | 120 000              |                          |
| 22  | Essener Steinkohlenbergwerke       | 1 355 000              |                      | 601 700                  |
| 23  | Evonik                             | 1 098 000              |                      | 54 450                   |
| 24  | Felicitas                          | 120 000                | 95 000               |                          |
| 25  | Friedrich Krupp                    | 700 000                |                      |                          |
| 26  | Friedrich der Große                | 721 500                | 308 500              |                          |
| 27  | Friedrich Genehite                 | 300 000                | 99 280               |                          |
| 28  | Friedrich Morgenstern              | 570 000                | 142 000              | 180 000                  |
| 29  | Georgs-Marien-Vergw. u. G.         | 8 098 000              | 1 726 808            | 144 600                  |
| 30  | General                            | 100 000                | 40 000               |                          |
| 31  | Georgs-Mar. Vergw. und S.-V.       | 145 000                | 87 500               |                          |
| 32  | Gottesfegen                        | 180 000                |                      | 54 450                   |
| 33  | Graf Westf.                        | 494 971                | 66 760               |                          |
| 34  | Graf Wismarck                      | 1 754 700              |                      |                          |
| 35  | Graf Schwerin                      | 468 400                | 142 800              |                          |
| 36  | Gutehoffnungshütte                 | 1 900 000              | 40 000               | 72 000                   |
| 37  | Harpen                             | 7 240 000              | 1 650 000            | 57 620                   |
| 38  | Heinrich                           | 192 700                |                      |                          |
| 39  | Helene und Amalie                  | 920 000                | 207 800              |                          |
| 40  | Hibernia                           | 5 416 500              | 812 800              | 54 450                   |
| 41  | Johann Demmelberg                  | 240 000                |                      | 115 900                  |
| 42  | Kaiser Friedrich                   | 240 000                | 90 000               |                          |
| 43  | Kölnner Bergwerks-Verein           | 904 438                | 238 040              |                          |
| 44  | König Ludwig                       | 1 812 000              | 498 050              |                          |
| 45  | König Wilhelm                      | 1 040 000              | 443 337              |                          |
| 46  | Königin Elisabeth                  | 780 000                | 202 200              |                          |
| 47  | Königsborn                         | 1 124 770              | 418 900              |                          |
| 48  | Langenbrunn                        | 360 000                |                      |                          |
| 49  | Lothringen                         | 660 000                | 345 000              |                          |
| 50  | Louise Tiefbau                     | 508 089                | 192 500              |                          |
| 51  | Magdeburger Bergwerks-V. G.        | 550 000                |                      |                          |
| 52  | Mansfeld                           | 300 000                |                      | 54 000                   |
| 53  | Marx                               | 150 000                |                      |                          |
| 54  | Mathias                            | 600 000                | 215 000              |                          |
| 55  | Mathias Stinnes                    | 968 000                | 148 185              |                          |
| 56  | Minister Achenbach                 | 400 000                | 8 100                |                          |
| 57  | Mont Genis                         | 995 000                | 100 000              |                          |
| 58  | Mülheimer Bergwerks-Verein         | 1 380 000              | 95 000               | 864 000                  |
| 59  | Neu-Essen                          | 770 000                |                      |                          |
| 60  | Neumühl                            | 1 650 000              | 363 000              |                          |
| 61  | ver. Neu-Schölerpad & Hovelsen     | 210 000                |                      |                          |
| 62  | Niedrig                            | 3 190 000              | 542 640              | 71 280                   |
| 63  | Rheinische Stahlwerke              | 573 500                | 145 000              |                          |
| 64  | Rheinpreußen                       | 3 000 000              | 605 000              | 182 360                  |
| 65  | Siebenplaneten                     | 300 000                | 64 600               |                          |
| 66  | Schnabel ins Osten                 | 300 000                |                      |                          |
| 67  | Schürbant & Charlottenburg         | 180 000                |                      | 72 600                   |
| 68  | ver. Zrappe                        | 152 900                |                      |                          |
| 69  | Tremonia                           | 294 881                | 48 200               |                          |
| 70  | Union                              | 400 000                | 100 000              |                          |
| 71  | Unser Feig                         | 200 000                |                      |                          |
| 72  | Viktor                             | 770 000                | 291 040              |                          |
| 73  | Viktoria                           | 185 000                |                      | 54 450                   |
| 74  | Viktoria Mathias                   | 373 300                | 145 000              |                          |
| 75  | Wendehalsbank                      | 125 463                |                      | 67 950                   |
| 76  | Wollverein                         | 1 755 507              | 240 000              |                          |
|     |                                    | 76 076 455             | 14 142 850           | 3 082 810                |
|     | Breikokswerk Dahlhausen            |                        |                      | 180 000                  |
|     | zusammen                           | 76 676 457             | 14 142 850           | 3 212 810                |

Auf je 100 000 Tonnen Beteiligungsziffer kommt eine Stimme in der W. des Syndikats. Von den 76 Berggesellschaften verfügen aber die 14 größten für sich allein über die Mehrheit der Stimmen. In diesen 14 Berggesellschaften spielen die Vertreter der Firmen Thyssen, Stinnes, Waldhausen, Funke und Pantel die erste Geige. In Wirklichkeit bestimmen nicht die 76 Berggesellschaften was die Syndikatsverwaltung zu tun hat, sondern nur ein gutes halbes Duzend Vertreter der ersten Firmen herrschen im Ruhrbergbau und weit darüber hinaus! Sind das gesunde Zustände? Nein!

### Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

#### Was hat Herr Bülow gesagt?

In den Sprachenparagrafen (§ 7) der Reichsvereinsgesetzvorlage hat sich eine vorübergehende Erleichterung geknüpft, an der wir um so weniger achtlos vorbeigehen können, weil der Verband der Bergarbeiter Deutschlands in erster Linie betroffen wird, wenn das Verbot, nicht deutsche Sprachen in Versammlungen zu gebrauchen (abgesehen von der polizeilichen Genehmigung) in dem Gesetz stehen bleibt. Es würde in der Presse behauptet, der Sprachenparagraf sei auf Anregung nationalliberaler rheinisch-westfälischer Großindustrieller in dem Entwurf aufgenommen worden. Darauf bestritt dies das Regierungsorgan. Hierauf erklärte die Zentrumszeitung „Germania“, Berlin, der Reichskanzler selbst habe der Deputation des christlich-nationalen Arbeiterkongresses gesagt, nationalliberale rheinisch-westfälische Industrielle hätten den Sprachenparagrafen gewünscht, aber so ähnlich.

Auf diese Mitteilung antwortete Herr Abg. Gewerksvereinssekretär Wehrens-Essen, der Vorsitzende des christlich-nationalen Arbeiterkongresses, Herr Bülow habe weder direkt noch indirekt eine Partei oder die rheinisch-westfälischen Großindustriellen mit dem § 7 in Verbindung gebracht. Nachher großer Jubel im „nationalen Lager“ über diese Erklärung des Abg. Wehrens für den Führer Bülow.

Die Geschichte hat nun aber eine Fortsetzung bekommen. Die „Germania“ teilt mit, den kritischen Ausdruck habe der Reichskanzler zu dem Zentrumsabg. Wiedeburg, Vorsitzender des christlichen Bauarbeiterverbandes und Mitglied der christlich-nationalen Deputation, die beim Reichskanzler war, getan! Die „Germania“ schreibt:

„Wiedeburg machte den Reichskanzler darauf aufmerksam, daß der schon im Oktober bekannte Sprachenartikel die Organisation der christlichen Bauarbeiter schwer schädigen müsse, da in dieser Branche viele fremdsprachige Arbeiter beschäftigt seien; er hat namens der Arbeiterchaft, doch eine solche Bestimmung nicht in den Entwurf aufzunehmen. Darauf tat der Reichskanzler den von uns mitgeteilten Ausdruck. Es war ganz selbstverständlich, daß diese Antwort, die noch einen Dornenstachel hatte, sofort nach der Beendigung der Deputation besprochen wurde, zumal, da der zweite deutsche christlich-nationale Arbeiterkongress sich gerade gegen den Sprachenartikel gewendet hatte. Die Antwort des Reichskanzlers hat in den Reihen der Deputation großes Versehen hervorgerufen, weil der Reichskanzler eine bestimmte Partei für den Artikel 7 verantwortlich machte. Wir müssen aber noch hinzufügen, daß unsere Kenntnis der Dinge auf den Abg. Wiedeburg weder direkt noch indirekt zurückzuführen ist. Aber wenn er eben will über diese Mitteilungen des Reichskanzlers, dann wird er die Richtigkeit unserer Meldung nur bekräftigen müssen.“

Der positive Erklärung Wehrens steht jetzt die gleichfalls positive Erklärung der „Germania“ bzw. ihres Gewährsmannes gegenüber. Wiedeburg sitzt mit Wehrens im Gewerksvereinsauschuss zusammen, beide waren zu gleicher Zeit beim Reichskanzler; nach der Unterredung mit dem Reichskanzler ist dessen Äußerung über den § 7 innerhalb der Deputation besprochen worden, wie die „Germania“ positiv behauptet. Danach mußte Herr Wehrens auch Kenntnis von dem Gespräch haben. Hoffentlich wird auch Herr Wiedeburg von sich hören lassen. Schweigen muß jetzt nichts mehr, denn im Reichstag wird der Fall zweifellos gründlich zur Sprache kommen.

#### Bergverwaltung katholischer Arbeitervereine.

Was sich in Deutschland das Unternehmertum alles erlaubt, wie die Herrschaften, denen jede gewerkschaftliche Agitation als Vereinträchtigung der Freiheit des einzelnen Arbeiters erscheint, sich selbst sogar gegenüber harmlos konfessionellen Arbeitervereinen verhalten, dafür liegt wieder ein krasser Beweisfall vor. Der Zentrumspresse wird aus Weiden a. d. Saar geschrieben:

Zu Anfang dieses Jahres wurde zu Weiden an der Saar ein katholischer Arbeiterverein gegründet, der rasch emporblühte. Die Leitung der Weidener Fabrik, die rund 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, suchte indes diesen Verein zu unterdrücken. Den Mitgliedern wurden alle Vergünstigungen wie Heiratsprämien, Belohnung für treue Arbeit während 25 Jahren und dergl. versagt. Im Juni wurde in der Fabrik ein Eintrag eingeschlagen, der „den zur Fabrik stehenden Arbeitern“, die mehr als drei Kinder haben, für jedes weitere Kind einen monatlichen Zuschuß von 3 Mk. bewilligte. Die Mitglieder des katholischen Arbeitervereins konnten und können nur dann Anteil an dieser Vergünstigung erlangen, wenn sie aus diesem Vereine austreten. Die sogenannten Wohlfahrtsvereine der Weidener Fabrik sind in einem Bündnis zusammengeschlossen, welchem ein besonderes Blut beiliegt, auf dem mitgeteilt ist, daß Arbeiter, die einem Arbeiterverein angehören, keiner dieser Wohlfahrtsvereine teilhaftig werden können. Dieses Vorgehen und selbst Lohnrücklagen konnten aber dem katholischen Arbeiterverein in Weiden wenig Abbruch tun. Jetzt, mitten im Winter, glaubt die Fabrikleitung in noch schärferer Weise vorgehen zu dürfen. Vor mehreren Wochen kam ein Kranker Arbeiter, der bis dahin in der Fabrik gearbeitet hatte und Mitglied des Arbeitervereins ist, aus der Heilanstalt Sonnenberg zurück. Da der Arzt erklärt hatte, der Arbeiter müsse an eine leichtere Maschine gestellt werden, war guter Rat teuer. Man bedeutete ihm nämlich, für ein Mitglied des katholischen Arbeitervereins habe man keine leichtere Maschine, der Arbeiter müsse aus dem Verein austreten, sonst könne man ihn nur Tagelöhnerarbeit verrichten lassen. Ein Augenfranker soll also im Winter bei Wind und Wetter in freier Arbeit arbeiten, während man ihm leicht Arbeit an einem künstlichen Blase verpassen kann! Und das zur Strafe dafür, daß er Mitglied eines katholischen Arbeitervereins ist! Vor drei Wochen wurde drei Mitgliedern aus dem Arbeiterverein gekündigt, weil sie nicht aus dem Verein austreten wollten. Die Betroffenen blieben standhaft und wurden nach Verlauf der vierzehntägigen Kündigungsfrist abgelegt. Ein weiteres Vorstandsmitglied des Vereins hat nun in vergangener Woche aus demselben Grunde einfach abgelegt. Einer Reihe anderer Mitglieder wurde an demselben Tage gekündigt. Einem an Lungenerkrankung schwer erkrankten Mitglied lieg man sagen, wenn es nicht aus dem Arbeiterverein austreten wolle, sei ihm gekündigt. Wieder einem anderen an Influenza erkrankten schickte man die Kündigung ins Haus. Es ist sehr schwer für die Arbeiter, irgendwo Arbeiter zu finden, da infolge des Ringes der Saarindustriellen vor Ablauf einer dreimonatigen Frist leicht einer aufgenommen wird. Ist es dem Arbeiter nun wirklich gelungen, unterzukommen, dann muß er befürchten, daß durch ein Schreiben der Weidener Fabrik seine Entlassung bewirkt wird, was natürlich einen tüchtigen und fleißigen Arbeiter bereits betroffen hat. Einem Wirt, bei dem die Vorstandsmitglieder des katholischen Arbeitervereins abgehalten zu werden pflegten, wurde durch zwei Bedienten der Fabrik erklärt, man werde bemerken, daß ihm die Lebensmittellieferung an die Dillinger Hütte entzogen würde, wenn er nicht dem Arbeiterverein das Lokal kündige. Die Kündigung des Lokals ist denn auch erfolgt.“

Es ist einfach ein Schandakt! Nicht einmal um eine gewerkschaftliche Interessensorganisation handelt es sich, sondern um einen katholischen Arbeiterverein, der sich in erster Linie religiöse Erbauungszwecke setzt. Aber der Fabrikherr „duldet“ auch das nicht! Wer sich ihm nicht unbedingt fügt, wird wirtschaftlich geschädigt. In einem Lande, wo solches noch passiert, da herrscht eine empörende Sklaverei, wenn auch formell der „freie Arbeitsvertrag“ existiert.

#### Internationale Rundschau.

Die ungarische Gewerkschaftsbewegung befindet sich in erfreulicher Entwicklung. Im Jahre 1902 zählten die Gewerkschaften ungarisch nur 1000 Mitglieder, im Jahre 1906 haben sie das erste Hunderttausend überschritten, was bei der zurückgebliebenen Industrientalentwicklung — Ungarn zählt kaum 500 000 Industriearbeiter — eine

Riesentätigkeit ist. Die ungarischen Gewerkschaften können sich ruhig an die Seite der Bruderorganisationen in den vorgeschrittenen Ländern stellen. Der Feldarbeiterverein erreichte nach einjähriger Wirksamkeit einen Mitgliederstand von 24.000. All das bei unglücklicher Gesetzgebung und einem den Arbeitern spinnfeind feindlichen Verwaltungssystem. Eiserner Energie, größter Enghaltung und gleicher pferdeudigkeit ist das Ergebnis vor allem zu danken. Welche große Opfer die Gewerkschaften bringen, erweist man zum Beispiel aus den Aufwendungen der Budapest-Gewerkschaften für Privatlokaleitäten, die bestimmt sind, die Fortbildung der Mitglieder ungehindert vor sich gehen zu lassen. 1904 wurden hierfür 48.000, 1905 114.000, 1906 85.000 Kronen für Miete verausgabt. Das Unterstützungswesen hat sich ausgezeichnet entwickelt. In jeder Gewerkschaft, ausgenommen die der Bauarbeiter, welche Saisonarbeit verrichten, besteht die Arbeitertafel- und R. f. f. Unterstützung; die Bauarbeiterorganisationen haben andere Unterstützungen ins Leben gerufen. An Arbeiterunterstützung zahlten die Gewerkschaften im Jahre 1904 124.000, 1905 145.000 und 1906 185.000 Kronen. An Krankenunterstützung zahlten sie im Jahre 1904 87.000, 1905 89.000 und 1906 44.000 Kronen. Kranken-, Invaliden-, Witwen- und Waisenunterstützung sowie Begräbnisbeiträge wurden geleistet im Jahre 1904: 199.000, 1905 200.000 und 1906 216.000 Kronen. Für Unterricht und Fachblätter wurden verausgabt im Jahre 1904 59.000, 1905 60.000 und 1906 174.000 Kronen. Außer dem Unterricht und den Unterstützungen haben die Gewerkschaften auch auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung ein sehr ersprießliches Wirken an den Tag gelegt. Eine Anzahl Lokalvereine bildeten sich zu Landesverbänden um, mehrere Vereine sind den schon im Jahre 1904 bestehenden Verbänden beigetreten. So gehörten am 1. Januar 1904: 17 Landesverbände mit 462 Fachgruppen und 27 selbständige Lokalvereine, am 1. Januar 1906 aber 25 Landesverbände mit 1025 Fachgruppen und 18 Lokalvereine in den Verband des Gewerkschaftsrates. Die Zahl der auf moderner Basis organisierten Mitglieder war am 1. Januar 1904: 51.070 Männer und 2000 Frauen, am 1. Januar 1905: 147.820 Männer und 5508 Frauen, zusammen gehörten daher 153.932 Mitglieder der Gewerkschaften in den Verband des Gewerkschaftsrates. In letzterer Zahl sind auch 24.000 Landarbeiter eingerechnet. In jüngster Zeit konstituierten sich in kurzer Aufeinanderfolge die christlich-sozialen Verbände, die deren Statuten von der Sozialreformregierung mit einer staunenerregenden Anschickelung gutgeheißen wurden. Vergänglich war aber das Wohlwollen der Regierung, die Christlichsozialen sind in Ungarn zu spät zum Leben erwacht; denn es finden sich kaum Arbeiter, die sich in ihre Vereine einschreiben lassen. Ebenso erging es auch den patriotischen „Arbeitervereinen“. Während Ende 1901 bloß 2,89 Prozent der gewerblichen Arbeiter Ungarns organisiert waren, so Ende 1906 30,04 Prozent. Der Mitgliederzuwachs in absoluten Zahlen und in Prozenten war folgender:

| Im Jahre | Mitgliederzuwachs | Prozent |
|----------|-------------------|---------|
| 1902     | 5.241             | 52,72   |
| 1903     | 25.868            | 100,00  |
| 1904     | 12.031            | 29,26   |
| 1905     | 18.004            | 33,56   |
| 1906     | 58.159            | 81,71   |

Die Einnahmen und Ausgaben der ungarischen Gewerkschaften betragen in den letzten drei Jahren:

| Im Jahre | Einnahmen in Kronen | Ausgaben in Kronen |
|----------|---------------------|--------------------|
| 1904     | 848.820,32          | 706.520,77         |
| 1905     | 1.181.987,83        | 878.867,10         |
| 1906     | 1.680.050,12        | 1.880.208,81       |
| Zusammen | 3.658.858,27        | 2.915.696,68       |

| Am 31. Dezember 1906 | Kronen       |
|----------------------|--------------|
| Zuwendungsvermögen   | 1.240.643,77 |
| Zuwendungsvermögen   | 246.008,07   |
| Gesamtvermögen       | 1.486.651,84 |

Innerhalb dreier Jahre hat sich das Gesamtvermögen der Gewerkschaften um beinahe 700.000 Kronen vermehrt. Es war im Jahre 1904 ein Gesamtvermögen von 743.334 Kronen vorhanden, welche Summe sich bis Ende 1906 verdoppelt. Die Fachblätter der gewerblichen Arbeiter erschienen 1904 in 61.600, Ende 1905 in 82.400, Ende 1906 in 145.900 und zu Ende 1907 in 150.800 Exemplaren. Die letztere Zahl läßt auf die jetzige Mitgliederzahl folgern.

### Mißstände auf den Gruben.

#### Rubrevier.

**Beide Bergmannsglück.** Der Name Bergmannsglück wäre viel zutreffender als Bergmannsglück, denn von letzterem kann hier gar nicht geredet werden. Mancher Kumpel, der seiner Familie gern ein Weihnachtsgeld heutzutage hätte, hat infolge der schlechten Lohnverhältnisse, wie sie hier bestehen, darauf verzichten müssen. Bergmannsglück ist eine fatalische Grube, aber auch der Fiskus will genau so wie der Privatunternehmer aus den Arbeitertafeln einen möglichst hohen Profit heraus schlagen. Stets herrscht hier großer Wagnismangel, jedoch die Arbeiter häufig während der Schicht ansfahren müssen. Als ungenügend rüchrichtlos muß man es bezeichnen, daß es den Arbeitern vorher nicht bekannt gegeben wird, wenn Feuerschichten eingelegt werden und diese den manchmal stundenlangen Weg zur Grube umsonst machen müssen. Es scheint überhaupt eine große Planlosigkeit zu herrschen, denn häufig müssen die Arbeiter wegen Mangel an Waggons während der Schicht ansfahren, trotzdem werden bei anderer Gelegenheit die Grubenarbeiter zur Kohlenarbeit herangezogen, damit mehr gefördert werden kann. Auch das Straßensystem steht sehr in Blüte, so wurden kürzlich noch 27 Mann wegen Störung bei der Leuchtförderung bestraft. Die bestraften Arbeiter aber sind nicht schuldig, sondern die mangelnde Ordnung bei der Seilfahrt. Hoffentlich steht die Bergbehörde hier einmal nach dem Rechten.

**Beide Dammensbaum.** Schacht Eulenbaum. Ueber allerhand Mißstände wird auch hier lebhaft Klage geführt. Die Raumverhältnisse in der Waschklaue sind viel zu beschränkt, die Temperatur ist eine derartige, daß die Arbeiter beim Waschen und umkleiden mit den Wäsche klappern vor Frost. Am Schacht läßt die Ordnung ebenfalls zu wünschen übrig. Nach für sich ist es vorgekommen, daß der Ferkel aufgefunden wurde, ohne daß ein Signal gegeben war. Mit der Ordnung soll es auch besonders im Revier des Steigers A. hapern, auch soll häufig dort Holzangel herrschen. Auch die Ab. r. kl. sollen sich in einem sehr unangenehmen Zustande befinden. Bei der Nachtarbeit fehlt es an Reflektoren und wenn eine Lampe versagt, in der betreffenden Kammer bis zum Schacht laufen, um sich eine neue zu besorgen. Dem Schichtmeister V. verlangen häufig die Schiffe, auf die Frage woran das liegt antwortete er: Die Schichtmeister muß besser geschult werden. Was versteht der Schichtmeister eigentlich unter Schichten? Das Straßensystem wird ebenfalls in sehr rigoroser Weise gehandhabt, um jeder Kleinigkeit halber wird gleich bestraft. Die „Guten“ aber werden belohnt wie folgender Anschlag beweist:

#### Belohnungen.

Wie im Vorjahre beabsichtigen wir denjenigen Mietern, welche ununterbrochen ein Jahr lang in unseren Wohnhäusern gewohnt haben und den Verpflichtungen aus ihren Mietverträgen in jeder Beziehung, insbesondere bezüglich der Instandhaltung der Wohnungen, zu unserer vollen Zufriedenheit nachgekommen sind, eine Prämie in der Höhe einer halben Monatsmiete zu Weihnachten zu gewähren. Diejenigen Mieter, welche bereits im vorigen Jahre die Prämie verdient haben, bekommen diesmal eine ganze Monatsmiete erlassen. Die Anträge auf Gewährung der Prämie sind bis zum 10. Dezember d. J. an dem Lohnbüro der Beide Dammensbaum I anzubringen, verspätete Anträge müssen unberücksichtigt bleiben. Die Vergütung der Prämie findet durch Verrechnung auf die Dezember-Monatsmiete statt. Die Namen der mit einer Prämie bedachten Mieter werden durch Aushang bekannt gegeben. Bochum, 28. November 1907.

#### Deutsch-Luzemburgische Aktiengesellschaft.

Was doch nicht alles prämiert wird! Wir wären neugierig zu erfahren, wieviel „Geld“ es sind, die würdig zum Empfang der „Prämien“ zu werden? Mit Sped. läßt man Mühe! Hat man erst die Arbeiter durch solche „Geld“ in die Kolonien heringebracht, nachdem man mit ihnen schaltet und waltet wie man will mit „Prämien“ ist halb wieder herangebracht.

**Beide Graf Bismarck.** Viele Klagen werden hier über den Steiger V. geführt. Unstreitig werden in dessen Revier die niedrigsten Blühn verdient, trotzdem er eben die Bedinge nicht erhöht, sondern im Gegenteil reduziert. Klagen sich die Arbeiter über das zu niedrige Bedinge, dann sagt ihnen der menschenfreundliche Herr sie sollten mehr leisten. Seine ständige Redensart ist: „Man setze dran, das ist keine Leistung“. In jeder beliebigen Zeit, wenn es ihm nur einfaßt, reduziert er den Arbeitern das Bedinge ohne die Bestimmungen der Arbeitsordnung zu beachten. Ob der Herr die Arbeitsordnung nicht kennt oder der Ansicht ist, dieselbe sei nur für die Arbeiter da, wissen wir nicht, möchten ihm aber ein eingehendes Studium derselben empfehlen.

**Beide Holstein.** Die Strafgefangenen werden hier die Arbeiter behandelt. Beim Umziehen in der Waschklaue ist schon ein Beamter anwesend, welcher die Arbeiter überwandt und bis zum Schachte geleitet, damit nur ja keine Minute der kostbaren Zeit verloren geht. Mittags, bei der Ansahrt, zeigt man allerdings solche Eile nicht, da wäre etwas mehr Pünktlichkeit durchaus am Plage, damit die Schicht für die Arbeiter nicht immer ne u Stunden dauert. Man soll sich doch etwas mehr an die gesetzlichen Bestimmungen halten, oder besteht das Gefeh für beide Holstein nicht? Oder glaubt man, das Gefeh, die Schichtzeit betreffend, sei nur da, um umgangen zu werden? In der Waschklaue ist es sehr kalt und wäre zu empfehlen, im August zu vermeiden, entsprechende Türen anzubringen. Auch die Draußen sind in schlechtem Zustande. Der Anschlag (Höllort) auf der dritten Sohle wird in der Mittagschicht so voll Holz gepackt, daß es kaum möglich ist, zum Schachte zu gelangen. Zudem stehen noch Bezüge, leere und volle Wägen im Wege und beengen den Raum, sodas das Gedränge beim Schichtwechsel sehr groß ist. Hoffentlich schafft man Abhilfe.

**Beide Königshorn.** Schacht III/IV. Die Sonntagsarbeit hat hier fast überhand genommen, sogar Doppelschichten werden Sonntags verfahren. Wer sich weigert diese Schichten zu verfahren, stellt sich damit in ein schlechtes Licht und kann darauf gefaßt sein, bei Gelegenheit mit einem Hungerlohn nach Hause zu gehen. Man kann so gegen die Sonntagsarbeit nichts einwenden, wenn sie im Interesse des Betriebes notwendig ist und nicht umgangen werden kann, aber es werden da alle Arbeiter ausgeführt, die ganz gut ohne Vertriebsförderung an Wochentagen ausfindig zu werden könnten. Ober steht die Verwaltung die Arbeiter nur als Arbeitstiere an, die keinen Ruhetag brauchen.

**Beide Kottbrunn.** (Schacht III). Auf der zweiten Sohle steht das Wasser in der Strecke so hoch, daß sich die Arbeiter Stufe und Strampfe ausziehen, um hindurchzukommen, damit sie nicht die ganze Schicht in nassen Strampfen zu arbeiten brauchen. Bei den zahlreichen Ueberflüssen, welche vorfallen werden, wäre es doch sehr leicht möglich, einige Leute mit der Trockenlegung der Strecke zu beauftragen. Etwas mehr Pünktlichkeit bei der Seilfahrt wäre ebenfalls sehr erwünscht. Bei der Jagd nach Kohlen sucht sich der vergangene nationalliberale Reichstagskandidat und jetzt zum Fahrwagen avancierte Hebe & Co. besonders hervorzuheben. So soll er dem Aufschläger gesagt haben, wenn er nicht ein paar Minuten über die Schicht hinaus Kohlen fördern wolle, käme er vom Aufschlag weg. Man sieht, der geweseene Herr Reichstagskandidat macht entschieden Schulte.

**Beide Minister Achenbach.** Wiederholt haben wir schon in unserer Zeitung Beschwerde darüber geführt, daß es in der Waschklaue vor Kälte kaum zum Aushalten ist. Abhilfe könnte hier sehr leicht geschafft werden, man bräuchte nur ein Windhäuschen am Eingang anzubringen. Oder reicht es dazu nicht mehr? Viele Beschwerden werden auch darüber geführt, daß sich die Fuhrleute die Kohlen, welche sie für die Bergarbeiter fahren, selbst einladen müssen. Früher wurden dieselben direkt auf die Karre gekippt, jetzt liegen die Kohlen für die Bergarbeiter auf einem Haufen, der Fuhrmann muß sich einen Förderwagen nehmen, den er selbst laden, dann wieder umverladen und dann die Kohlen zuletzt auf seinen Karren oder Wagen laden. Dadurch entsteht den Fuhrleuten aber großer Zeitverlust, den sie sich selbstverständlich von den Arbeitern bezahlen lassen, wodurch die Kohlen durch das Verhalten der Beide Minister wertlos werden. Injunden werden dieselben durch das viele unnötige Einladen und Umkippen durchaus nicht besser, im Gegenteil werden die Wägen nur zu Grund geschlagen. Würde man hier das alte Verhältnis wieder eintreten lassen, wäre beiden Seiten, Fuhrleuten und Arbeitern, gehalten. Ein gar strenger Herr ist der Steiger B., dem die Arbeiter nie genug leisten können. Trotzdem er mande Arbeiter zwei bis drei mal die Schicht befährt und darum die Leistung der betr. Arbeiter beurteilen kann, erklärt er ihnen schließlich doch noch, sie hätten zu wenig geleistet. Was würde der Herr sagen, wenn ihm so aufgezeigt würde? Eine gerade nicht schöne Angewohnheit ist es auch, die Arbeiter im Dunkeln zu belauschen. Weiter muß es scharf verurteilt werden, wenn, wie uns berichtet wird, der Steiger B. einem schlafenden Bremser die Lampe weggenommen hat. Gewiß soll in der Grube nicht geschlafen werden, und besonders an einem so wichtigen Posten, der die volle Aufmerksamkeit des betr. Arbeiters erfordert, ist es zu verurteilen. Das rechtfertigt aber die Handlungsweise des Steigers keineswegs, denn wie leicht hätte der Junge pöblich erwachen und im Dunkeln in den Bremsgeräusch taumeln und herunterfallen können? Warum werden solche wichtigen Posten überhaupt nicht mit älteren vernünftigen Leuten, vielleicht mit Insuliden besetzt? Getadelt muß auch die Verhinderung in der Höhe der Schichthöhe werden. Während ein Teil der Reparaturdauer 4,50-5,0 Mk. erhält, erhalten andere einen Schichtlohn bis zu 6 Mk. und noch darüber. Von gerechtem Ausg. ist da nichts zu merken.

**Beide Witz-Regent.** Im Revier des Steigers Brune auf der 5. Sohle, 5. bis 7., sollen sich schon seit längerer Zeit vor Det 2-3 eine große Menge Schlagwetter angesammelt haben. Von vielen Arbeitern soll schon geäußert worden sein: Wenn einmal jemand mit der Lampe in den Bereich dieser Schlagwetter kommt, ist das ganze Revier futsch, kein Mensch bleibt mehr am Leben. Dem Steiger soll das bekannt sein, aber Abhilfe wird nicht geschafft. Die Geschichte klingt geradezu ungläublich, aber da uns der Sachverhalt von durchaus zuverlässigen Leuten berichtet wird, ist kaum daran zu zweifeln. Wir erwarten, daß die Bergbehörde die gefährdete Stelle unverzüglich untersucht und Ordnung schafft, bevor es zu spät ist. Die Brandkohlens, welche an die Arbeiter verabreicht werden, sollen ebenfalls sehr schlechter Qualität sein.

**Beide Prosper.** Schacht VI. Der Querschlag auf der unteren Sohle stand schon häufig auf 44 Meter Länge unter Wasser, ohne daß etwas daran geändert wurde, bis die Kammeraden eines Tages herausfahren wollten. Da erklärte der Betriebsführer, an diesem Zustande völlig unschuldig zu sein. Am selben Tage aber wurde noch eine Pumpe heringebracht und das Wasser beseitigt. Ein sehr liebenswürdiger Herr soll der Betriebsinspektor sein. So soll er für die Arbeiter „Namenamen“, wie: „Verfluchtes Volk“, „Dagabunden“, „Bad“ usw. haben. In der Waschklaue machen sich auch Unbehindungen bemerkbar. So funktionieren die Kleideraufzüge sehr schlecht, häufig kommt es vor, daß die Stricke von den Rollen abpringen. Auch unter den Wägen gibt es nur wenig Arbeitswillige, die meisten verlangen den Dienst, d. h. sie laufen nicht. Derartige Unbehindungen könnten doch sehr leicht abgebeht werden.

**Beide Roland.** Kumpen. Daß die Unternehmer keinen Pfifferling um gesetzliche Bestimmungen geben, davon liefert uns obige Beide wieder ein Beispiel. In letzter Zeit ist die Schichtzeit für die Morgenschicht so allmählich um eine halbe Stunde verlängert. Die Seilfahrt fängt des Morgens um 5 1/4 Uhr an und dauert bis 5 3/4 Uhr. Demnach muß die Seilfahrt mittags um 1 1/4 Uhr beginnen und um 2 1/4 Uhr beendet sein, aber es dauert durchweg bis 2 3/4 Uhr. Daß so etwas möglich ist, zeigt auch von einer ungenügenden bergamtlichen Kontroll. Auch scheint man das gute Einvernehmen zwischen Unternehmer und Arbeiter dadurch fördern zu wollen, daß man Arbeiter, die eine gerechte Behandlung, oder nach ihrer körperlichen Beschaffenheit Arbeit verlangen, einfach kündigt, oder selbige verurteilt, sich selbst zu kündigung. Das letztere konstatieren wir in mehreren Fällen bei dem Revierführer Bauer, der sich in dieser Beziehung den Beford. Wegen Nichtbefolgen eines gegebenen Befehls, wegen Nichtbefolgen einer Anordnung u. dergl. werden die Kumpeln mit 2- bis 2,50 Mk. verdonnert. Ganz militärischer Zufahrt, nur das Strafmittel fehlt noch, aber was nicht ist, kann noch kommen. Das Revierwesen ist beim Revier VIII auch sehr stark eingeleitet, tagtäglich müssen sich eine ganze Reihe Kammeraden von der Mittagschicht am Schalter melden, wodurch sie unter Umständen ihre Schicht riskieren, weil die Beamten kurz vor 2 Uhr erst herauskommen, und sich natürlich erst waschen und umkleiden. Andererseits aber steht die Verwaltung sehr stark auf pünktliche Einhaltung der Seilfahrtszeit, d. h. bei der Ansahrt, bei der Ansahrt ist das Ueberfahren derselben wenigstens bei der Morgenschicht, um 5 bis 10 Minuten die tägliche

Regel. Die Belegschaft wünscht daher dringend eine Besserung dieses Zustandes. Es ließe sich dieses auch leicht dadurch erreichen, daß die Beamten zum mindesten 10-15 Minuten vor 2 Uhr den Arbeitern zum Vortrag ihrer Wünsche und Anliegen zur Verfügung ständen, also bemitleidend selber ausfahren würden. Der Profit wird nicht dazu sehr darunter leiden! Weiter wird Klage geführt über die unglücklichen Zustände im Fißz Beilung, vierte Abteilung vierte Sohle des Reviers VII. Ein Neuling bekommt schon bei den ersten hundert Metern in dieser Strecke eine Vorahnung von der Ordnung und den Zuständen, wie sie daselbst an der Tagesordnung sind. In dieser Abteilung ist die Schichtanlage mit der stillgelegten Beide Gellerde durchschlägig, übernimmt auch deren Wasserzufuhr. Nun ist die Anlage der Wasserseige eine derart mangelhafte, daß das Wasser bald über, bald zwischen den Schienen läuft, sobald nur etwas viel Wasser aus dem Taumel abgelassen wird, und ist dadurch der Zustand der Strecke im allgemeinen wie der einer vielbefahrenen Straße bei Tauwetter, d. h. Schlamm und Dreck. Daran ändern auch die paar Wägen Uche nichts, die dann und wann mal gestreut werden. Hier kann nur eine gründliche Nachholung der Wasserseige dauernd helfen. Ist nun der Anfang schon vielversprechend, so wird es aber noch besser bei der Förderung in der Bremsgeräusch, welche mittels Luftkessel geschieht. Derselbe ist von einer solchen Beschaffenheit, daß nur, wenn ununterbrochen leere Wägen vorhanden sind, das Förderseil erreicht werden kann. Das Förderseil freizicht förmlich den Berg herauf und kann der Bremser, wenn er einen Steinwagen nach Nr. 7 zieht, ruhig sein Butterbrot verzehren, ohne besorgt zu müssen, daß er es wieder einpacken muß. Und die Signallampe, welche erst ober vier Leuchtfeuer hängen auf der Luftleitung herum, ein anderer Kumpel auf die Schienen, wieder ein anderer auf einem Waggensack usw. Daß dies nicht zur Hebung der Förderung beiträgt, wird einleuchtend sein. Dann zieht der Bremser, weil es an einem ordnungsgemäßen Leuchtfeuer fehlt, bei einem Waggensack oft vier bis sechs mal den Bod bald zu hoch, bald zu tief und geht dadurch viel Zeit verloren, die bei dem schlechten Bedinge besser vor Ort angewendet werden könnte. Dann erschauen wir, den Anfang im westlichen Fahrtrichtern von Det 2 nach Nr. 3 mal wieder ordnungsgemäß herzustellen. Monatlang hing daselbst ein sehr gefährlicher Stein los, sodas die Kumpeln nur mit einem Mißbehagen darunter hergingen. Nachdem er eingebrochen ist, hat man die Seile etwas an die Seite geräumt und nun geht der Schandrelan weiter. Verbaut worden ist daselbst bis heute noch nicht. Auch empfiehlt uns dem Revierbeamten, das Det Nr. 2, das als Wettertrode dient, mit einer Durchsicht zu unterziehen, um bezweifeln, das dort das Fißz, Alles in Ordnung“ angebracht ist. Die Wetterverhältnisse sind in der Abteilung im allgemeinen gut, nur die Führung derselben taugt nichts, denn bei der Werthöhe, wie hier die Wetterrücken angelegt werden, geht zu viel Luft verloren, die die Arbeiter vor Ort sehr notwendig brauchen könnten. Für heute wollen wir aufhören, hinweisen wollen wir nur noch darauf, daß auch hier die Bestimmungen der neuen Berggesetzgebung, betreffend das Verfahren von Nebenschichten tagtäglich übertritten werden. Das Verfahren von Doppelschichten ist hier an der Tagesordnung. Auch wird die achtstündige Ruhezeit zwischen zwei verfahrenen Schichten nicht eingehalten, wenn Leute um 10 Uhr abends abfahren und um 8 Uhr des folgenden Tages schon wieder in der Grube sein müssen. Das letztere empfehlen wir auch der Bergbehörde, damit sie auf Abhilfe bringt. Ueber die in Aussicht stehende Familienkassenkasse verlaute bisher noch nicht viel. Wir erwarten, daß der Ausschuss eine Belegschaftsversammlung einberuft, in der die Sache mal diskutiert und die Ansichten der Verwaltung klargelegt werden können.

**Beide Scharnhorst.** Die Umgangssprache mancher Beamten hier erinnert recht lebhaft an einen Kafertenhof und ganz besonders lebhaft wird die Sprache der Fuhrleute. „Nehmen Sie Ihre Weite aus dem Schmal“, so handelt es sich um ein gewisses Mehl einige Kammeraden an, welche ihre Fuhrwerke nicht rechtzeitig in Empfang genommen hatten und sich deshalb bei ihm melden mußten. Dabei rauen alle Beamte, sodas die Steigerhüte häufig in eine blaue Wolke gehüllt ist, aber dem Arbeiter soll das nicht gestattet werden. Die Fuhrleute hatten die Kammeraden deshalb nicht mehr erhalten, weil der Markenverleiher schon auf dem ersten Nord ausgefahren war, die betreffenden sich aber etwas verspätet hatten. Seinen Freunden gegenüber soll der „Herr“ Markenverleiher ganz anders sein, denen soll er ihre Fuhrwerke in die Hand drücken, auch wenn sie zu spät kommen. Sind es aber andere, wird das „Straßverbrechen“ gleich an die große Glocke gehängt und die betreffenden müssen sich auf der Steigerhüte melden, wo sie, auch wenn sie auf den Herrn Fuhrleiter, wie in diesem Fall, längere Zeit gewartet haben, sich noch eine sehr unnötige Behandlung gefallen lassen müssen. Zu wünschen wäre, daß sich der Herr bessere Umgangsformen den Arbeitern gegenüber angewöhnt. Auch könnte im genannten Revier besser für Holz gefordert werden, damit die Arbeiter nicht solange darauf zu warten brauchen. — Große Unpünktlichkeit herrscht auch bei der Seilfahrt. Die Arbeiter, die morgens bei der Ansahrt noch nicht um 5 Uhr herein sind, müssen auf Verordnung des Betriebsführers am Tage bleiben und Kohlen einladen. Mittags bei der Ansahrt nimmt man's natürlich nicht so genau. Es dauert dann in der Regel bis 2,30 Uhr, ehe die Seilfahrt beginnt, jedoch die letzten Arbeiter erst um 2 Uhr herauskommen. Auch Sonntagmorgens dauert es gewöhnlich sehr lange, manchmal bis 7 Uhr, ehe mit der Seilfahrt begonnen wird. In diesem Falle sollen die Kontrollbeamten aus der Lampenbude schon in der Markenbude abgegeben sein. Die Waschklaue könnte auch besser geheizt werden, auch befinden sich die Draußen in einem schlechten Zustande. Zu wünschen wäre auch, daß die Auslösung der Morgenschicht mehr beschleunigt würde, damit die Arbeiter nicht bis 5 Uhr auf ihr Geld zu warten brauchen.

### Oberbergamtsbezirk Bonn.

**Beide Rheinpreußen.** Schacht I, III und IV. Die bevorstehende Krise macht sich auch hier schon in einer viel inhumaneren Behandlung der Arbeiter bemerkbar. So wurde kürzlich die Seilfahrt für die Nachtschicht schon um 9 1/2 Uhr eingestellt, trotzdem 35-40 Mann noch nicht eingefahren waren, von denen ein Teil noch nach Hause ging, ein anderer um 10 1/2 Uhr ansuhr und nur dreiviertel Schicht erhielt. Ein solches Verfahren ist durchaus unangeleglich und kann nicht genug verurteilt werden. Laut Anschlag fährt die Nachtschicht von 9-9 1/2 Uhr an, wie man da schon 9 1/2 Uhr Schluß der Seilfahrt eintreten lassen kann, ist uns unverständlich. Auf Schacht III steht das Straßensystem hoch in Blüte. Wegen jeder Kleinigkeit, Mischungen eines Unterflüssigen, Boden unreiner Kohlen usw. werden die Arbeiter mit 0,50-2,50 Mk. bestraft. Im Revier III wurde den Arbeitern als Weihnachtsgeschenk eine Gebirgsbezugung von 10-15 Pfg. pro Waggensack beschert. Häufig soll es auch vorkommen, daß das Wasser in der Waschklaue eine sehr ungleiche Temperatur aufweist, ja es soll vorgekommen sein, daß sich die Arbeiter in fast eiskaltem Wasser baden mußten. Auf Schacht IV soll es ebenfalls mit den Draußen hapern. Manquiert steht ein großer Teil der Belegschaft unter den Wägen und kann sich nicht waschen, weil dieselben nur zum Teil laufen. Das Straßensystem soll auf diesem Schacht ebenfalls in recht rigoroser Weise gehandhabt werden und besonders soll sich der Fahrhauer H. darin hervortun. Veränderung dieser Verhältnisse ist aber nur möglich, wenn die Arbeiter zur Einsicht kommen und sich dem Verban. be anschließen.

### Dannover, Braunschweig, Hesse-Nippe.

**Grube Emma bei Harml.** Nach dem letzten Artikel über die Unbehindungen auf hiesiger Beide hat es den Anschein, als ob dieselben beseitigt werden sollten. Inzwischen geht es aber im alten Schandrelan weiter. An Trinkwasser mangelt es fortgesetzt. Nach unserem Artikel wurden zwar einige Bierfässer voll Trinkwasser in die Grube geschafft, das ist aber inzwischen alle geworden und frisches wird wohl nicht mehr herangeschafft werden. Jetzt müssen die Arbeiter das Wasser aus den Mägen trinken, welches aber sehr ungesund und gesundheitschädlich ist, da die Arbeiter sogar ihre Notdurft in die Mägen verrichten. An Abortkübeln fehlt es ebenfalls. Am Reiterberge ist der Gestank, weil die Abortkübel fehlen und die Arbeiter ihre Notdurft überallhin verrichten, außerordentlich groß. In den Strecken sieht es ebenfalls sehr übel aus. Die Bohlen liegen fast überall hoch, sodas, wenn man auf das eine Ende derselben tritt, das andere Ende fällt unter die Fische schlägt. Zu verdammen ist nur, daß sich da noch kein Unfall zugezogen hat. Tragbahnen und Frankenswagen sind ebenfalls ganz ungenügend. Verunglückt einmal ein Kammerad, wird er Lärgerhand auf einen Fuhrwagen geladen und zu Tage geschafft, von wo er dann auf einer schnell herbeigeschickten Weidekarr zu seinem Bestimmungsort gefahren wird. Die Schichtzeit ist eine überlange und dauert von morgens 6 bis abends 6 Uhr. Dazu ist die Wetterführung noch eine sehr schlechte, sodas die Arbeiter, wenn sie die lange Schicht hinter sich haben, sozusagen halb tot nach Hause kommen. Hoffentlich wird der Obersteiger alles tun, um die geringsten Unbehindungen zu beseitigen, was wir für recht richtig und wichtiger halten, als hinter dem Artikel schreiber herzuschiffeln.

**Kaiserschicht** auf. Kürzlich verunglückte hier der Kamerad R. R. indem er über 20 Meter tief abstürzte. Charakteristisch ist, daß der Unfall am Sonntag passierte und zwar bei wüstlichen Schicht. Es ist dieses schon der zweite Unfallfall innerhalb kurzer Zeit. Bei der überlangen Schichtzeit und der großen Schieferheit braucht man sich übrigens darüber gar nicht zu wundern. Als der Unfall passierte, war auf der ganzen Grube kein Beamter zu finden. Das sind doch jedenfalls ganz unhaltbare Verhältnisse. Mit den Männern steht es auch nicht allzu glänzend, da Bauer erhalten 4,80, Lehrling 4, Hülfsleute 3 Mk. pro Schicht für ihre schwere anstrengende Arbeit. In diesen Verhältnissen tragen aber die Arbeiter den größten Teil der Schuld, weil sie sich nicht einig sind. Wären die Arbeiter organisiert, wären sie auch in der Lage ihren berechtigten Wünschen Achtung zu verschaffen und solche Zustände wären unmöglich.

**Braunkohlengrube Friedrich Hungen.** Die Wasserschneise entspricht den früheren Ansprüchen in keiner Weise. Für die 120 Mann starke Belegschaft auf jeder Schicht sind nur drei durchwegs unzulängliche Bassins eingerichtet, so daß ein Teil der Belegschaft sich entweder nicht baden kann oder kaum warten muß, bis andere sich gebadet haben. Wiederholt ist schon über diese Voreinrichtung Beschwerde geführt worden, ohne daß bisher Abhilfe geschafft wurde. Es wäre doch unbedingt notwendig, Braut über schon aus gesundheitlichen Rücksichten einzurichten, wie sie im Ruhrgebiet z. B. von der Bergbehörde längst vorgeschrieben sind. In der Grube steht das Wasser in vielen Strecken so hoch, daß die Arbeiter selbst in Stiefeln nasse Füße bekommen, aber Laufstrecken sind nicht vorhanden. Ob es gerade zur Förderung der Gesundheit der Arbeiter beiträgt, wenn sie 1 1/2 Stunden mit nassen Füßen in Wasser und Schlamm herum arbeiten müssen, möchten wir doch billig bezweifeln. Verlass ist es auch am notwendigen und passenden Holz zum Verbauen. So liegt die Laufstrecke z. B. stellenweise herab zu Bruch, daß sie nur mit Behensgefahr passierbar werden kann. Über verbaute Strecken ist zudem die Gefahr so groß, daß die Arbeiter fast nur auf das Liefern von möglichst viel Kohlen bedacht nehmen müssen, an ein ordentliches Verbauen kann gar nicht gedacht werden. Die Arbeitsführung schreibt eine Mittagspause von 1 1/2 Stunden vor, aber eingehalten wird dieselbe nicht. Unschmeichelbar aber kann es der Obersteiger gar nicht an sich u. daß die Förderung so lange still steht, denn kaum ist eine halbe Stunde um, gibt er wieder Auftrag zum aufräumen. Diese Mehrarbeit wird den Arbeitern aber nicht bezahlt. Statt dessen aber legt es recht viele Strafen, denn das Bestrafen verfehlt der Obersteiger ausgezeichnet. Diese Verhältnisse können aber nur beseitigt werden, wenn sich die Arbeiter einig sind.

**Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.**

**Grube Neu-Gröben.** Verne Hunger leiden und Mißstände ertragen, heißt es auf der Braunkohlengrube Neu-Gröben. Der Obersteiger S., welcher dort das Regiment führt, verlor sich bei seinem Eintritt als ein wahrer Menschenfreund. Den Bergarbeitern versprach er, daß sie einen anständigen Lohn verdienen sollten, er würde das verantworten und wenn es bis zum Vergelt Siemens nach Halle ginge. Wirklich wurde von Obersteiger S. das macht ihm so leicht keiner nach. Das Versprechen ist gegeben, aber das „Salten“ ist auch dem Herrn zu beschwerlich geworden. Wo sind die „anständigen“ Löhne geblieben? Sollten es die sein, welche jetzt sehr oft in Höhe von 3,10 bis zu 4,00 Mk. gezahlt werden? Wir wollen dem Herrn erklären, daß ein derartiger Lohn zum Leben zu wenig und zum Verhungern zu viel ist. Die Belegschaft ist wiederholt vorstellig geworden und hat um bessere Bezahlung gebeten, doch sind sie von S. mit den Worten abgepeitscht worden: „Schafft mehr, so verdient ihr mehr!“ Die Aufgabe war gegeben, das Häßliche zu lösen überlassen wir dem Obersteiger selbst. Es liegt ihm wahrscheinlich garnicht viel daran, durch eine erhöhte Leistung bessere Löhne zahlen zu können, es ist ihm wohl nur darum zu tun, durch übermäßige Schieferheit seine Zantime zu erhöhen! Für eine bessere Behandlung würde der Herr auch sorgen. Schimpfworte wie „faule Hunde, faule Vande“ heulen nur so. Die unteren Beamten haben sich ebenfalls den Bildungsgrad ihres Vorgesetzten angeeignet, insoweit ist der Umgang mit den Arbeitern nur in dem geringen Rahmen „Gauherdenton“ üblich. Die unteren Beamten können nicht anders, denn wer dem Obersteiger nicht zu Willen ist, kann zusehen, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat. In einem Zeitraum von 1 1/2 Jahren sind hier vier Steiger in Stellung gewesen, alle sind sie wieder abgerückt, wahrscheinlich weil sie den Bildungsgrad des Herrn nicht übertragen konnten. Auch in bezug auf Mißstände ist die Grube ein „Glorab“. Das Wasser läuft über die Leitungsstangen und Platten zum Boden, die ganze Schicht müssen die Arbeiter bis an die Knöchel im Wasser herumspazieren. Die Strecken sind stellenweise so zusammengebrückt, daß der Wagen kaum durchzubringen ist. Mit dem Rücken müssen die Arbeiter den Wagen durchwühlen. Die Rappen hängen so tief in die Strecken, daß man bei aller Vorsicht die Finger einbüßen kann. Hier wäre es am Plage, wenn recht bald Abhilfe geschafft würde. Es würde kein Fehler sein, wenn sich der Obersteiger mehr um die Zustände in der Grube kümmerte als um das Löten der Hosen. Eine Querschnitts Wunde er sich unter den Arbeit zu erlangen, wenn er dafür sorgen wollte, daß bessere Löhne als bisher gezahlt würden, ferner, daß der jetzt übliche „Scherentont“ gegen die Arbeiter verschwindet und daß die Wirtshäuser in der Grube besichtigt würden. Dies ist jedenfalls eine nützlichere Tätigkeit, als einem Hosen nachzulaufen, um ihm eins auf's Fell zu brennen. Auch wäre es nichtschön, wenn hier die Vergewaltigung einmal nach dem Rechte sehen würde.

**Oberbergamtsbezirk Breslau.**

**Grube David.** Hier gibt es viele Arbeiter, die acht bis neun Schichten pro Woche verfahren. Die Arbeitsordnung scheint da wirklich für die Herren Beamten, welche die Leute dazu veranlassen, nicht zu existieren. Zu verurteilen ist auch, daß man nicht darauf achtet, wenn die Arbeiter- und Sonntagsschicht, welche sich der besonderen Güte der Beamten erfreuen, im betrunknen Zustand ansetzen. In der Waschküche fehlt es auch an Ordnung und Reinlichkeit und das Ungeheuerste nimmt inselbstbesen nachgerade überhand. Es wäre darum notwendig, daß der Vademecum besser auf dem Posten wäre und für Abhilfe sorgt, statt den Beamten erzählen, was er von den einzelnen Kameraden angeblickt haben will. Eine große Plage bilden auch die vielen Ueberprüfungen, zu denen man die Arbeiter mit gewissen Mitteln zwingt. Auch wird in viele zehnjährige Schichten eingelegt, ohne daß die Arbeiter auch nur gefragt werden. Die Besinnungsstunden werden auch in sehr umfangreichem Maße betrieben, als ob dadurch die Arbeiter mit den miserablen Zuständen ausgeglichen werden könnten. Wohl, damit die Arbeiter nicht zu „luppig“ werden, hat man auch schon allenthalben das Gedulge wesentlich reduziert. Ueberstunden und Schichten gehen mit einer Reduzierung der Bedinge und Löhne Hand in Hand. Dieser Willkür kann aber nur ein Niegel vorgezogen werden, wenn die Arbeiter einig sind und sich geschlossen der Organisation anschließen.

**Grube Friedrichshagen.** So schön wie der Name, sind die Verhältnisse auf dieser Grube nicht; durch allerlei heimliche Schikanen sucht man den Arbeitern das Leben fauer zu machen. So haben es sich seit kurzer Zeit einige Aufseher zur besonderen Aufgabe gemacht, die Arbeiter, wenn sie etwas früher Schicht machen, abzufragen, und zur Bestrafung zu melden. Man hätte schon längst die Selbstkritik bis zur 7. Sohle einrichten können, damit die Arbeiter von der 8. Sohle keine zwei Sohlen heraus (bis zur 6. Sohle) und herunter zu Hettendbrauchen. Soll nun der Arbeiter bis zur letzten Wunde vor seiner Arbeit bleiben und den ermüdenden Weg, die Fahrten herauf, im Galopp zurücklegen? So wünschen es diese Herren allerdings, sie fragen nicht dar: „ob sich der Arbeiter dabei vorzeitig ruiniert und zu Grunde richtet.“ Den Holztransport nach der 8. Sohle müssen die Hauer, da es an Schleppern fehlt, selbst besorgen, was natürlich viel Zeit in Anspruch nimmt. Vergleicht man die Leute für den erziehenden Ausfall aber nichts. Unter diesen Umständen ist es sehr zu bedauern, daß die Einigkeit unter den Kameraden keine bessere ist, ja, daß es sogar vorkommt, daß sie sich gegenseitig bei dem Beamten herunterwürdig suchen. So sollen nämlich die Hauer S. und W., beide Ausländer, ihre Kamerad an als Feindlicher bezeichnet haben, wodurch nur erreicht wird, daß die Bedinge noch mehr reduziert werden. Das sind wirklich beschämende Zustände und Aufgabe aller Kameraden muß es sein, durch Anschlag an die Organisation mit dazu beizutragen, daß dieselben baldigt beseitigt werden.

**Süddeutschland und Reichslande.**

**Grube Ammer-Friede.** (Cottb.) Der Winter ist gekommen, die Herren werden stol. So brachte es die hiesige Verwaltung fertig, einer Kar erbschaft das bedingene Material vom Monat November nicht auszugeben, mit Ausnahme eines Schleppers, der am 1. Dezember abfuhr und noch seinen Anteil bekam. Es scheint demnach der Gedanke zum Entzählen des Materialbesitzes des Herrn erst nach dem 1. Dezember gekommen zu sein. Vielleicht dachten sie an den Jahresabschluss und wollten sich noch die 120 Mk., es handelt sich um 30 Meter & 4 Mk. für die „armen“ Aktionäre retten. Dieselben werden es jeden-

falls nötiger zu Automoblhupen, als der Arbeiter zu Brot benötigen. Wie sind unglücklich, in welcher Art man dies Vorgehen wieder zu berücksichtigen versucht, denn eine Verdrängung kommt von Unmög, das ist bombastischer.

**Alter Schacht Jakobus.** (St. Privat, Roncourt). Hier wird behauptet, daß viele Wagen den Kameraden fehlen und sie dadurch Eingeborenen haben. Das Bestrafen, welches vor dem Barabaraft ziemlich rigoros war, hat jetzt nachgelassen. Doch mangelt eine Zehnteltheile, von Wackelbau gar nicht zu reden; durchschneidet auf die Gant müssen die Kameraden bei dem so kalten Wetter nach Hause gehen und ist es kein Wunder, daß sie sich nicht auf dem Rheumatismus zuziehen. Es sind zwar zwei Ueberläufer vorhanden, aber damit scheint man auch genug getan zu haben, denn das Entleeren glaubt man nicht für nötig zu halten und so gefüllt bis an des kalten Rand sind sie für die Tage. Vom alten Schacht S. zum neuen Schacht ist die Strecke ziemlich 50 Meter tief und hat ein Gefälle von zwei Metern, hier müssen die Wagen per Hand hinaufgebrückt werden und kann da leicht ein Unfallfall vorkommen. Da die Kameraden bergabwärts am Arbeiten sind, so läuft ihnen das Wasser ständig nach und können sie dann durchdringt und durchstören den Heimgang mit nassen Waden austreten. Vielleicht schafft die Verwaltung hier Wandel. Noch eins! Ist die Verwaltung der Ansicht, daß der Seitenstoß im Fahrtschacht der geeignete Ort zum Aufbewahren des Dynamits ist? Wir sind nicht dieses Glaubens, wenigstens auch festes Pulver und Dynamit jeden Tag von Marango geholt wird, so könnte man doch einen anderen Aufbewahrungsort schaffen. Vielleicht, daß diese Zeilen ihren Zweck erfüllen und Veränderung geschaffen wird.

**Grube Kohrgraben** (Grube Magenta). Von dieser Grube wird uns berichtet, daß Trinkwasser vorhanden ist, auch mit Tragbahnen, Verbandszeug, soll alles in Ordnung sein. Ueber schlechte Verhandlung von Seiten der Beamten wird nicht geklagt, obgleich einige sich auch immer schloß mit dem Gedanken vertraut machen können, daß der Verband hier selten Fuß gefaßt hat und nicht mehr anzuzetteln ist. Vielleicht, daß sich die Verwaltung noch bequemt, eine Wahlbaue zu erreichen. Dies äre hier besonders hochtichtig, da das Kohrgraben hier stark graffert und es doch immer läßt sich, sich in Gegenwart Fremder zu entscheiden. Auch für die Frauen wäre es eine Erleichterung, wenn nach Ende der Schicht sie nicht mehr für große Kübel warmes Wasser zu sorgen hätten.

**Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.**

**Warum löste die Polizei die Versammlung nicht auf?**

Das Erscheinen des Polizeibeamten in der Generalversammlung des Bochumer Knappschaftsvereins wird in der Presse aller Parteien erörtert. Wir müssen gestehen, wir empfinden über das Vorkommnis lebhaftes Bemühen. Die Herren von der Regierung, der Bergbehörde und die Werkstättler haben einmal etwas von dem kassen können, was uns Bergarbeiterverbändlern jahrelang jahraus kübelweise verabreicht wird. Uns werden nicht nur fast regelmäßig die Mitgliedsversammlungen überwatcht, nein, es braucht sich nur eine Anzahl Kameraden zwecks Abwicklung der Ortsverwaltungsangelegenheiten zusammenzufinden, dann schon puffert es, daß ein hinzukommender Polizeibeamter das „Statistiken einer Versammlung feststellt“. Immer vorausgesetzt, daß uns das Verhalten von Versammlungen und Besprechungen überhaupt „gestattet“ wird von der Polizei! Wie die Polizeifunktionäre aus die Versammlungslokale abtreiben, Versammlungen unmöglich machen, in anreizender Weise mit zweierlei Maß messen usw., das hat der Reichstagskammerprozeß bewiesen. In dessen wird es allgemein interessanter, wenn wir feststellen, daß auch in der Großstadt Bochum dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands keine Versammlungslokale für seine Mitgliedschaft zur Verfügung stehen! Gatten wir einmal einen Saal, so dauerte es nicht lange und der Wirt erklärte uns, er könne uns sein Lokal nicht mehr zur Verfügung stellen, er habe „zu viel Scherereien mit der Polizei!“ Uns macht man es also noch viel ärger, wie der Generalversammlung des Knappschaftsvereins, wir haben nicht einmal einen Versammlungsraum! Was man sich polizeilichersits gegen uns erlaubt, das haben am Sonntag den 20. Dezember die Kameraden in Villmerich bei Unna erfahren müssen. Dort wurde wegen einer Versammlung von Knappschaftsmitgliedern die Sperrung verhängt!!! Gleichzeitig erhielt die Lokalabteilung vom Amt die Mitteilung, wenn noch eine Versammlung stattfände, würde über das Lokal den ganzen Tag Sperrung verhängt!!! So werden im „Rechtsstaat“ die Staatsbürger im Arbeiterkleide behandelt.

Die „Kölnische Zeitung“ meint, das Verhalten der Bochumer Polizei würde dem Reichstag Material liefern für eine Bescheidigung der Polizeibefugnisse durch das Reichsvereinsgesetz. Allerdings ist das möglich, wenn die Parteigenossen der „Kölnischen Zeitung“ nicht wieder umfallen. Welche Verwirrung der Rechtsbegriffe die übliche Polizeipraxis anrichtet hat, bestatigt übrigens die „Kölnische Zeitung“ selbst in ihrem Artikel. Sie findet das Vorgehen der Polizei merkwürdig, weil die Generalversammlung „zu einem großen Teil aus Leuten bestand, die zweifellos auf dem Boden der Staatsordnung“ stehen, „von einem Geheimrat geleitet wird und der auch der Vertreter des preussischen Handelsministeriums anwohnt“. Ja, was hat denn das mit der Rechtsfrage zu tun? Vor dem Gesetz sollen doch alle Bürger gleich sein, ob Geheimrat oder Bergarbeiter! Man sieht, wohin wir schon gekommen sind.

Die wichtigste Frage ist aber: warum hat der Polizeibeamte die Generalversammlung nicht sofort aufgelöst? Nach dem Gesetz von 1850 sollen alle Versammlungen, in denen „öffentliche Angelegenheiten“ beraten werden, 24 Stunden vorher angemeldet sein. Die Generalversammlung war aber unsererseits als „öffentliche Angelegenheiten“ angemeldet! Der Polizeibeamte erschien und erklärte: „Hier findet eine Versammlung statt, in der öffentliche Angelegenheiten beraten werden sollen, deshalb überwache ich sie“. Ist aber die Polizei der Ansicht, in einer nichtangemeldet Versammlung werden öffentliche Angelegenheiten beraten, dann darf sie die Versammlung gar nicht erst tagen lassen, sondern muß sie sofort auflösen! Der Polizeibeamte „löste“ aber nicht „auf“, sondern wohnte gemächlich der noch seiner Ansicht ungesetzlichen Versammlung bei! Was sind das für „Rechts“zustände!?

Wir können eine Reihe Fälle anführen, wo Polizeibeamte eine Gruppe Verbandskameraden, die an einem Tisch saßen und über Verbandsangelegenheiten sprachen, „auflöste“, weil die „Versammlung nicht angemeldet“ sei. In der Generalversammlung des Bochumer Knappschaftsvereins hatten sich 4-500 Personen versammelt, besprachen und beschloßen, nach Ansicht der Polizei, „öffentliche Angelegenheiten“, der Polizeibeamte löste die, nach seiner Ansicht ungesetzliche, Versammlung aber nicht auf! Was sind das für „Rechts“zustände!?

Werden etwa die Versammlungsleiter und -teilnehmer ein Strafmandat wegen Abhaltung und Teilnahme an einer unanmeldepflichtigen, aber nicht angemeldeten Versammlung erhalten? Oder wird gegen den Polizeibeamten wegen Hausfriedensbruch vorgegangen? Ohne weitere Folgen kann die Geschichte doch nicht auslaufen, was würden sonst die Staatsbürger denken, denen in ähnlichen und gleichen Fällen der Prozeß wegen Verletzung des Vereins- und Versammlungsgesetzes gemacht worden ist? Die Angelegenheit ist von großer prinzipieller Bedeutung für unser Rechtsleben. Sind zweierlei oder einerlei Recht? Auf diese Frage hat die Bochumer Polizeibehörde Antwort zu geben.

Das Organ des Steigerverbandes liegt uns in seiner ersten Nummer vor. Es ist betitelt „Der technische Grubenbeamte“ wird von Herrn Steiger A. D. S. Maunel redigiert, bei Schreyer & Co. in Essen gedruckt und erscheint am 8. und 22. eines jeden Monats. Durch die Post bezogen kostet das Blatt vierteljährlich 1,50 Mk. Ein besonderer Artikel ist den „Kriegern und Streibern“ unter den Grubenbeamten gewidmet. Von den acht Steigern, die wegen Verbandszugehörigkeit gemahnt wurden, sind zwei noch immer fehlend. Es dürfte keinem Teile schaden, wenn unsere agitatorisch tätigen Kameraden auf das Steigerverbandsblatt abonnierten, um die in Beamtenkreisen bestehenden sozialpolitischen Ansichten näher kennen zu lernen.

**Wittaben.** In seiner Nr. 52 bringt der Bergknappe folgende Notiz: „Wittaben. Der 17jährige Sohn unfruchtbarer Wittalebe W. Kofing, verunglückte vor einigen Wochen auf Bede „Concordia“ wittlich. Die Grubeverwaltung hatte die Beerdigungskosten übernommen, jedoch dem Vater des Verunglückten erklärt, er könne das Sterbegeld von der Knappschaft für sich in Empfang nehmen. Als der Mann zum Verbandsbesten Kasser kam, um sich den Auszahlungsschein unterschreiben zu lassen, sagte der Vertreter zu Kofing: „Das Geld bekommt die Bede und nicht Sie!“ Trotzdem K. wiederholt erklärte, die Bede habe auf das Geld verzichtet, unterschrieb K. den Schein nicht. Erst nachdem ein and-res Mitglied von uns zu dem Vertreter ging und denselben nachdrücklich zum Unterschreiben aufforderte, wurde die Unterschrift gegeben. Weiterer Kommentar ist hier überflüssig.“

Diese Notiz des Bergknappen beruht völlig auf Unwahrheit. Unwahr ist, daß das fragliche Mitglied des Gewerksvereins in der genannten Grube bei mir war, folglich kann ich denken auch nicht gesagt haben: Das Geld bekommt die Bede und nicht Sie! Ebenso wenig ist es auch weiter die Behauptung, wonach ich mich gewiewert haben soll, den Sterbegeld zu unterschreiben und erst unterschreiben „Arte, als ich dazu von einem anderen Gewerksvereinsmitgliede aufgefordert worden wäre. Weder das eine noch das andere Gewerksvereinsmitglied ist bei mir gewesen, die ganze Sache ist mir völlig unbekannt. Ich bedauere, daß der Bergknappe von seinem Gewährsmann so böse Behauptungen gemacht ist, hoffe aber, daß man der Wahrheit die Ehre gibt und von dieser Nichtigkeit Notiz nimmt. Sollte das nicht geschehen, werde ich mich noch etwas näher mit der Angelegenheit befassen müssen.“

**Howege.** In der letzten Zahl-Verksammlungen wurde vom Vertrauensmann Jul. Schumann ein Bericht erstattet über das abgelaufene Jahr. Hieraus ging hervor, daß die Zahlstelle Howege 200 Mitglieder hat, wovon 54 im abgelaufenen Jahr neu gewonnen wurden. Auch betonte er, daß noch hundert Mitglieder gewonnen werden könnten, wenn jeder seiner Pflicht und Schuldigkeit nachkäme. Den Kassenbericht erstattete Kamerad E. D. W. Aus demselben geht hervor, daß sich Einnahme und Ausgabe im Betrage von 8500 Mk. deckte. Ortskassenbestand beträgt 14,78 Mk.; der Kassenfonds 7,98 Mk. Seitens der Revisoren berichtete Kamerad S. an der, indem er betonte, daß bei den vorgenommenen Revisionen Marken, Geld und Bücher in bester Ordnung vorgefunden wurden. Beim zweiten Punkt: „Nennwahl der Ortskassen“ wurde auf Antrag der Ortsverwaltung die Zahlstelle in neun Bezirke eingeteilt zwecks besserer Agitation und Erleichterung des Einflusses. Bei Punkt III: „Nennwahl der Ortsverwaltung“ wurden folgende Kameraden wieder- bzw. neu gewählt: Jul. Schumann erster, Peter Kerkmann zweiter Vertrauensmann; Amand Odenwald, Kasserer; Wilh. Kerkmann und W. Sander, Revisoren. Auch wollen wir den Kameraden mitteilen, daß unsere Zeitung in folgenden Wirtschaften aufgelegt: Dickhoff, Bergmann, Dom und Lomberg. Ferner sind viele Kameraden der Meinung, daß der am hiesigen Orte ein Papiergeschäft betreibende und bei den Kameraden sich im Bildervernehmen sehr empfehlende Herr Hübel Mitglied des Bergarbeiterverbandes wäre. Wir können erklären, daß p. Hübel schon seit längerem Monaten aus dem Bergarbeiterverbande ausgeschieden ist. Mögen die Kameraden dies bezweigen und keinen Mann mit Anfragen überlasten, welcher unserer Sache den Rücken gelehrt hat. Zum Schluß erlauben wir die Mitglieder, das Gelegte zu bezeugen und mit in die Agitation einzutreten für Werbung neuer Mitglieder für den Bergarbeiterverband. Uns zu Flug, unsern Gegnern zum Trug!

**Schützow.** Wie man von Seiten der Obersteiger mit krankehenden Knappschaftsmitgliedern umspringt, davon im nachstehenden ein Beispiel. Am 14. Dezember nahm ein Hauer von Bede General einen Krankheitschein. Als er am 16. Dezember dann seine Arbeit kündigte, erhielt er am darauffolgenden Tage vom Obersteiger vom Mann eine Postkarte, mit der Aufforderung, sich in verlässliche bei seinem Revierarzt zu melden. Der Arzt war, als der krankheitschein kam, zu ihm kam, schon orientiert und überwies ihn wegen eines Nasenleidens dem Spezialarzt Buch in Bochum. Dieser vermerkte auf dem Krankenschein, daß die Arbeit während der Behandlung nicht unterbrochen zu werden brauchte. Der betreffende Arbeiter hatte innerhalb 14 Jahren nur einmal krank gefehlt, trotzdem aber wird ihm und zwar auf Veranlassung des Obersteiger vom Mann eine solche Behandlung zuteil. Interessant ist auch die 3 elementarische, welche zwischen Obersteiger und Bede-Verwaltung besteht. Daß hier eine Denunziation von Seiten der Bede oder des Steigers an den Obersteiger vorliegt und daß dieser dann seinen Einfluß auf die Ärzte geltend gemacht, steht doch wohl außer Zweifel. Soweit hat sich das von den Arbeitern und Vertretern schärf bekämpfte Obersteigersystem also ich. u. ausgewachsen. Der Mann sollte dem Krankheitschein zur Beobachtung überwiesen werden, ist aber auf diese unwürdige Maßregel nicht eingegangen, sondern hat sich, obgleich er sich krank fühlte, gesund schreiben lassen. In 14 Jahren hat der Betroffene, wie gesagt, nur einmal krank gefehlt und als er sich dann wieder krank fühlte und in ärztliche Behandlung begibt, wird er auf eine Denunziation von Seiten der Bede oder des Steigers an den Obersteiger zum Simulanten genempelt. Das sind wirklich idyllische Zustände, wie sie sich in unserer Knappschaftsliste herausgebildet haben.

**Wasserverheide.** Der Wirt Hilleringmann hat den freien Gewerkschaften sein Lokal unter ganz nützigen Umständen entzogen. Wohl gibt er an, die Polizei mache ihm Schwierigkeiten, aber das allein ist die Ursache, weshalb er uns sein Lokal entzogen hat, nicht. Wir wissen sehr gut, daß unsere Polizei uns nicht grün ist und alles tut, uns unmöglich zu machen, aber wenn der Wirt ein Mann von Rückgrat und nicht nach anderen Einflüssen zugänglich wäre, wäre er schon mit der Polizei fertig geworden. Es heißt auch, der Wirt hätte unter dem Einfluß seiner katholischen Frau, der wir ebenfalls ein Dorn im Auge sind, gehandelt. Ob die Frau in Wirklichkeit die Hosen an hat, läßt sich nicht gut beurteilen. Mag aber die Sache liegen wie sie will, auf alle Fälle werden unsere Kameraden nach dem Grundgesetz handeln: Haut du meinen Juden, hau ich deinen Juden.

**Obernargloh.** Zur Nachahmung empfohlen. Von einem solchen Erfolge war unsere letzte Hausagitation gekrönt, 40 neue und 30 zugezogene Mitglieder wurden dem Verbands auf diese Weise zugeführt. Daß erge tausend Mitglieder ist überschritten und die Abrechnung hat gezeigt, daß auch ohne Restanten abgerechnet werden kann. Wohlan Kameraden! lassen wir nicht nach in der Agitation, dann wird sich auch unsere Mühe reichlich lohnen und wir können unserem Ziele immer näher. In der legt stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde die alte Ortsverwaltung ohne Widerspruch wiedergewählt. 1. Vertrauensmann Vinzenz Gogdzimski, 2. Vertrauensmann Richard Köhler, 1. Revisor Wilhelm Kneuter, 2. Revisor Nikolaus Sandmann. Krankensgeld wird n. d. wie vor beim ersten Vertrauensmann Vinzenz Gogdzimski, Obermargloh, Hofmannstraße 47a, jeden Dienstag ausbezahlt.

**Despel.** Eine sehr gut beachtete Mitgliederversammlung unserer Zahlstelle war die Jahresabschlussversammlung. Seitens der Ortsverwaltung wurde ein sehr günstiger Bericht über das Jahr 1907 gegeben, es stieg die Mitgliederzahl von 202 im Jahre 1906 auf 330 am Schlusse des Jahres 1907, ebenso erhöhte sich auch die Einnahme an Mitgliederbeiträgen, wobei insbesondere zu bemerken ist, daß die Mitgliederbeiträge besser und pünktlicher einkommen, wie dieses früher der Fall war, ein Beweis dafür, daß der gewerkschaftlichen Organisation nunmehr seitens der größten Anzahl der Kameraden die nötige Beachtung geschenkt wird. Ferner wurde das seitens des Oberbergamtes herabgegebene Brangskstatut einer vernichtenden Kritik unterzogen und wurde beschloßen, in der nächsten Mitgliederversammlung hierüber einen Vortrag zu halten. In die Ortsverwaltung wurde einstimmig wiedergewählt: August Schmidt, erster, Heinrich Schütz, zweiter Vertrauensmann, Wilhelm Schacht, Kasserer, Heinrich Münsbeck und Wilhelm Dödt als Revisoren, neu gewählt wurde als Schriftführer der Kamerad Wilhelm Meermaan. In der Zustimmung der „Bergarbeiter-Zeitung“ tritt mit dem 1. Januar eine kleine Änderung ein, indem das Austragen der Zeitung zugleich von den Viertelskassieren besorgt wird. Als Vereinslokal wurde das Giefelmann'sche Lokal gewählt.

**Schmidthorst.** Am 15. Dezember fand hier eine von polnischer Seite einberufene Bergarbeiterversammlung statt, zwecks Anstellung des Kandidaten zur Vertreterwahl der Sterbe-, Kranken- und Familienunterstützungskasse der Bede Neumühl. Bei dieser Gelegenheit stellte der anwesende polnische Referent Süsski die unwahre Behauptung auf, die



